

Correspondent

Erste
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 25. März 1905.

№ 35.

Achtung! Bestellungen auf das II. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Witwenunterstützung.

Die Schaffung einer dauernden Witwenunterstützung innerhalb unsers Verbandes ist ein „Ding der Unmöglichkeit“ — „ein totgeborenes Kind“ —, das ist gewissermaßen das Endresultat, welches unser Finanzminister, Kollege Eißler, aus dem Nr. 8 des „Corr.“ veröffentlichten Materiale folgert, und ein großer Teil der deutschen Kollegenschaft glaubt ihm darin beipflichten zu müssen. Allerorten trägt man das vielleicht noch kurze Zeit vorher mit glühendster Begeisterung als neuen Grundpfeiler unserer Organisation gepriesene Projekt sang- und klanglos zu Grabe!

Ist es denn wirklich so schlecht bestellt mit der Lebensfähigkeit einer Witwenkasse, wie es vielleicht nach der ersten oberflächlichen Znaugenheinnahme der Eißlerschen Aufrechnung scheint? — Eine Witwenunterstützung mit 10 Pf. Wochenbeitrag zu schaffen und lebensfähig zu halten, daran hat wohl von vornherein keiner der ernsthaft nach einer solchen Unterstützung strebenden Kollegen gedacht. Legen wir doch einmal — zumal ein großer Teil der Kollegen sich ja bereits damit befreundet, schon für eine stoffmäßige Erhöhung des Sterbegeldes eine Beitragserhöhung von 10 Pf. vorzunehmen — dem veröffentlichten Materiale einen Beitrag von 15 Pf. zugrunde und das Resultat dürfte so manchem Kollegen ein ganz anderes Bild geben von der Möglichkeit einer solchen Kasse. — Um jedoch Zahlen reden zu lassen, folgt nachstehend eine Aufrechnung bei 15 Pf. Wochenbeitrag. Als Grundlage gilt das veröffentlichte Material, nur mit der Abänderung, daß schon im Jahre 1894 (bei einem angenommenen Mitgliederbestande von 15000) mit Zahlung der Beiträge begonnen wird, die Gegenleistung der Kasse aber erst mit 1895 beginnt.

Vergleichen wir weiter in Nebenstehendem in den Jahren 1897 bis 1903 die Einnahmen und Ausgaben, so kommen wir zu dem Resultate, daß einer jährlichen Steigerung der Einnahmen von durchschnittlich 19700 Mk. eine Steigerung der Ausgaben von nur 19400 Mk. gegenübersteht. Während im Jahre 1896 eine Gesamtausgabe von 32228 Mk. eine Gesamteinnahme von 156715 Mk., also ein Einnahmehöher von 124487,80 Mark gegenübersteht, ist im Jahre 1903 bei 167972 Mark Gesamtausgaben und 294737,20 Mk. Gesamteinnahmen ein Mehr an Einnahmen von 126765,20 Mk. zu verzeichnen. Aber auch in den dazwischen liegenden Jahren ist das Verhältnis mindestens das Gleiche geblieben.

Es wäre freilich verfehlt, nunmehr annehmen zu wollen, daß auch in der kommenden Zeit dieses Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe stets dasselbe bleiben werde. Aber die Behauptung dürfte nicht allzu gewagt sein, daß bei nur einigermaßen fortwährender Ausbreitung unsers Verbandes frühestens nach weiteren 12 bis 15 Jahren der Augenblick gekommen sein dürfte, wo die jährliche Ausgabe der jährlichen Einnahme das Gleichgewicht hält. Durch eine Karenzzeit von 500 Beiträgen — mit rückwirkender Geltung — dürfte dieser Zeitpunkt sich noch etwas weiter hinaus verschieben. — Also nach 22 bis 25jährigem Bestehen der Kasse, da wäre der Zeitpunkt erreicht, wo es hieße: eine kleine Erhöhung des Beitrages zur Witwenkasse vorzunehmen, obgleich zu besagter Zeit die Witwenkasse einen aus den jährlichen Mehreinnahmen angefallenen Reservefonds von mindestens 2000000 Mk. aufzuweisen hätte. Halten wir uns hierbei jedoch einmal vor Augen, daß bei allen Unterstützungs Zweigen unsers Verbandes, um sie lebensfähig zu erhalten, nach viel kürzeren Zeitschnitten Beitragserhöhungen eintreten mußten! Das Endresultat der Aufrechnung: eine Witwenkasse innerhalb unsers Verbandes ist bei 15 Pf. Wochenbeitrag lebensfähig!

| Einnahmen: | | Ausgaben: | |
|--|----------------|---|------------|
| 1894 | | | |
| An Beiträgen: | | Per Verwaltung (4 Proz. der Einnahme) Mk. | 4680,— |
| 15000 Mitgl. 52 Wochen à 15 Pf. Mk. | 117000,— | „ Saldovortrag für 1895 | 114367,— |
| „ Zinsen (3 1/2 Proz.) | 2047,— | Summa Mk. | 119047,— |
| Summa Mk. | 119047,— | | |
| 1895 | | | |
| An Saldovortrag von 1894 | Mk. 114367,— | Per Unterstützung 150 Witw. je 6 Mon. Mk. | 9000,— |
| „ Beiträgen: | | „ Verwaltung | 5408,— |
| 17338 Mitglieder | 135236,40 | „ Saldovortrag für 1896 | 241558,40 |
| „ Zinsen | 6363,— | Summa Mk. | 255966,40 |
| Summa Mk. | 255966,40 | | |
| Zusammen 150 Witwen, Abgang im Laufe des Jahres 3, verblieben demnach 147. | | | |
| 1896 | | | |
| An Saldovortrag von 1895 | Mk. 241558,40 | Per Unterstützung 147 Witw. je 12 Mon. Mk. | 17640,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 8760,— |
| 18681 Mitglieder | 145711,80 | „ Verwaltung | 5828,— |
| „ Zinsen | 11004,— | „ Saldovortrag für 1897 | 366046,20 |
| Summa Mk. | 398274,20 | Summa Mk. | 398274,20 |
| Zusammen 293 Witwen, Abgang 8, verblieben 285. | | | |
| 1897 | | | |
| An Saldovortrag von 1896 | Mk. 366046,20 | Per Unterstützung 285 Witw. je 12 Mon. Mk. | 34200,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 8160,— |
| 20140 Mitglieder | 157092,— | „ Verwaltung | 6280,— |
| „ Zinsen | 15554,— | „ Saldovortrag für 1898 | 490052,20 |
| Summa Mk. | 538692,20 | Summa Mk. | 538692,20 |
| Zusammen 411 Witwen, Abgang 13, verblieben 408. | | | |
| 1898 | | | |
| An Saldovortrag von 1897 | Mk. 490052,20 | Per Unterstützung 408 Witw. je 12 Mon. Mk. | 48960,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 9000,— |
| 22188 Mitglieder | 173066,40 | „ Verwaltung | 6920,— |
| „ Zinsen | 20174,— | „ Saldovortrag für 1899 | 618412,60 |
| Summa Mk. | 683292,60 | Summa Mk. | 683292,60 |
| Zusammen 558 Witwen, Abgang 16, verblieben 542. | | | |
| 1899 | | | |
| An Saldovortrag von 1898 | Mk. 618412,60 | Per Unterstützung 542 Witw. je 12 Mon. Mk. | 66020,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 10320,— |
| 23741 Mitglieder | 185179,80 | „ Verwaltung | 7404,— |
| „ Zinsen | 24885,— | „ Saldovortrag für 1900 | 744733,40 |
| Summa Mk. | 828477,40 | Summa Mk. | 828477,40 |
| Zusammen 714 Witwen, Abgang 21, verblieben 693. | | | |
| 1900 | | | |
| An Saldovortrag von 1899 | Mk. 744733,40 | Per Unterstützung 693 Witw. je 12 Mon. Mk. | 83160,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 13200,— |
| 26104 Mitglieder | 203611,20 | „ Verwaltung | 8144,— |
| „ Zinsen | 29624,— | „ Saldovortrag für 1901 | 873464,60 |
| Summa Mk. | 977968,60 | Summa Mk. | 977968,60 |
| Zusammen 913 Witwen, Abgang 27, verblieben 886. | | | |
| 1901 | | | |
| An Saldovortrag von 1900 | Mk. 873464,60 | Per Unterstützung 886 Witw. je 12 Mon. Mk. | 106320,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 11880,— |
| 27258 Mitglieder | 212612,40 | „ Verwaltung | 8504,— |
| „ Zinsen | 34291,— | „ Saldovortrag für 1902 | 993664,— |
| Summa Mk. | 1120368,— | Summa Mk. | 1120368,— |
| Zusammen 1084 Witwen, Abgang 32, verblieben 1052. | | | |
| 1902 | | | |
| An Saldovortrag von 1901 | Mk. 993664,— | Per Unterstützung 1052 Witw. je 12 Mon. Mk. | 126240,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 12480,— |
| 29421 Mitglieder | 229483,80 | „ Verwaltung | 9176,— |
| „ Zinsen | 38794,— | „ Saldovortrag für 1903 | 1114045,80 |
| Summa Mk. | 1261941,80 | Summa Mk. | 1261941,80 |
| Zusammen 1260 Witwen, Abgang 38, verblieben 1222. | | | |
| 1903 | | | |
| An Saldovortrag von 1902 | Mk. 1114045,80 | Per Unterstützung 1222 Witw. je 12 Mon. Mk. | 146640,— |
| „ Beiträgen: | | „ „ „ 6 „ „ | 11280,— |
| 32224 Mitglieder | 251347,20 | „ Verwaltung | 10052,— |
| „ Zinsen | 43390,— | „ Saldovortrag für 1904 | 1240811,— |
| Summa Mk. | 1408783,— | Summa Mk. | 1408783,— |
| Zusammen 1410 Witwen, Abgang 42, verblieben 1368. | | | |

Auf die vielen anderen, nicht direkt auf finanzieller Basis beruhenden Momente gegen eine Witwenkasse einzugehen, würde zu weit führen. Es seien in Kürze nur einige angeführt: Die Höhe der Verbandsbeiträge würde absinken würden in agitatorischer Hinsicht! Das dürfte aber nur für eine sehr kleine Minderheit zutreffen, denn jedem nur einigermaßen einsichtigen Kollegen würde ein Blick in die „Unterstützungsbestimmungen“ lehren, daß den hohen Beiträgen ganz enorme Gegenleistungen zugrunde gelegt sind. Diese hohen Gegenleistungen würden andererseits auch dazu beitragen, daß die Zahl jener Kollegen sich verringert, welche ihre wohlverordneten Verbandsbeiträge leichtfertig aufs Spiel setzen. Die Organisation würde in sich gefestigter werden — wenn auch nicht aus reinem Idealismus, so doch aus praktischem Idealismus! Aus reinem Idealismus treten nur sehr wenige einer Organisation bei.

Die Witwenkasse wird als eine ungerechte Belastung der jungen ledigen Kollegen bezeichnet. Ja, bleiben die jungen Kollegen denn alle ledig? Leistet nicht andererseits der größte Teil der älteren Kollegen jahrelang Beiträge für Unterstützungsbezüge, die hauptsächlich gerade den jüngeren Kollegen zugute kommen. Keineswegs aber dürfte die durch eine event. Witwenkasse geschaffene „ungerechte Belastung“ eine so bedeutende sein wie jene, welche durch die obligatorischen Zuschüsse der einzelnen Gauen, Bezirke und Orte einem großen Teile unserer Gesamtkollegen aufgezungen ist. (Nebenbei sei hier bemerkt, daß durch eine Aufhebung dieser obligatorischen Zuschüsse die durch Schaffung einer Witwenkasse bedingte Beitragserhöhung für den größten Teil der Kollegen weniger ins Gewicht fallen dürfte. Angenommen, die größte Hälfte der Kollegenschaft zahle wohl jetzt schon 1,50 bis 1,60 Mk. Verbands- u. v. Beiträge. Rechnen wir künftig statt 1,10 Mk. 1,50 Mk. Verbandsbeitrag [mehr 15 Pf. für Erhöhung der Ortsunterstützung und 10 Pf. für die Witwenkasse], 10 Pf. für Gauzwecke und 10 Pf. für örtliche Zwecke, ergibt einen Gesamtbetrag von 1,60 Mk.).

Was die Eiferische Auffassung betrifft, daß es hauptsächlich die Großhändlerkollegen mit ihren schlecht vegetierenden Witwenkassen seien, welche die Hauptrolle nach einer obligatorischen Verbandswitwenkasse darstellen, so könnte ein Blick auf die Antragsteller lehren, daß der überwiegende Teil der Anhänger einer solchen Kasse unter den Provinzialkollegen zu suchen ist.

Das abgedruckte Beispiel der Witwenkasse des Werkmeisterverbandes ist deplaziert, weil hier das Hauptübel darin zu suchen ist, daß der Eintritt in diesen Verband hauptsächlich in einem Alter von 25 bis 30 Jahren erfolgt. Die österreichischen Witwenkassen tranken an den immerhin enger gezogenen Grenzen ihres Ausbreitungsgebietes. —

An die Generalversammlung sei zum Schlusse der Appell gerichtet, die Anträge auf Schaffung einer Witwenkasse nicht als erledigt zu betrachten durch das veröffentlichte Material, sondern eine ernste Prüfung des Für und Wider vorzunehmen, auf daß vielleicht doch eine Mehrheit sich bildet für eine Witwenkasse. Andernfalls aber müßte dem Zentralvorstande der Auftrag erteilt werden, weiteres Material für eine Witwenkasse zu sammeln — denn die Anträge auf Schaffung einer solchen Kasse werden immer wieder kommen, bis endlich, auf Grund eines 25- bis 30-jährigen Materials, die — Möglichkeit oder Unmöglichkeit nachgewiesen, was durch das bisher gesammelte und in Nr. 8 veröffentlichte Material noch nicht gelungen ist!

Liegut.

J.

Ein Akt der Gerechtigkeit!

Unter demselben Titel hat Schreiber dieses bereits vor drei Jahren seine Ansicht unumwunden an dieser Stelle geäußert, und möchte dies auch heute wieder tun, um einiges zurückzuweisen, was man bereits schon seit Wochen dem nur zu berechtigten Antrage, „den zu Friedensübungen einberufenen Kollegen eine Unterstützung bzw. die Ortsunterstützung zu gewähren“, widerfahren ließ. Wenn man alle die Ansichten sich vor Augen führt und ebenfalls die Gründe, welche die Gegner dieser Unterstützung in den Spalten des „Corr.“ bis jetzt niedergelegt haben, dann wahrlich, glaube ich sagen zu dürfen, daß hier mehr Phantasierepräsentation als auch nur irgend ein Fatale stichhaltiger Argumente zum Besten gegeben wurde.

Inwiefern ein solcher Antrag, wie verschiedentlich von Kollegen im „Corr.“ ausgesprochen wurde, der Gewerkschaftsfrage schädlich sein sollte, überlasse ich heute ruhig dem edelbedenkenderen Teile unserer Kollegen.

Abgeschnitten ist die Ansicht des Kollegen L. in Nr. (Nr. 31), der nur den Verheirateten eine solche Unterstützung gönnt, nicht aber den Ledigen. Haben denn unsere Verheirateten und Ledigen nicht ein und dieselben Beiträge zu leisten? Sind denn nicht auch ledige Kollegen unter uns, die eine vollständige Ernährerstelle innerhalb der Familie einnehmen; an welche dieselbe Aufgabe gestellt wird, an den Familienvater? Also nach der Auffassung des Kollegen L. müßte dann stets eine Generalabänderung vorgenommen werden, ob dieser oder jener bedürftig ist. Zu was für Unzuträglichkeiten das führen würde, kann sich wohl jeder vernünftige Mensch selber denken. Etwas aber ist es, was doch noch ganz entschieden zu verurteilen ist, daß der Kollege L. den ledigen Kollegen bei Gewährung der Unterstützung vorwirft, dies gäbe

„Hier nach dem Papststreiche“, oder aber mit der Zeit komme das Sprichwort zur Geltung: „vom kleinen Finger bis zur ganzen Hand“. Aber, Herr Kollege! Geht es denn Sie oder überhaupt jemand niemals etwas an, was dieser oder jener mit seiner ihm verabsorgten Unterstützung, sei es irgendwelcher Art, anfängt?

Daß der Antrag, den zu Friedensübungen einberufenen Kollegen eine Unterstützung zu gewähren, ein nur zu berechtigter ist, hat bereits auch schon der Kollege Htg. Spanau in Nr. 22 nachgewiesen, und zwar sehr ausführlich, so daß dem dort Gesagten nur wenig noch hinzuzufügen ist. Lasse ein jeder Kollege einmal ernstlich die Lage eines verheirateten oder ledigen Kollegen, der momentan aus Familie und Kondition herausgerissen wird, vor seinem geistigen Auge Revue passieren, was da nicht alles für Mühsale und Entbehrungen denjenigen auferlegt werden, die einmal dazu verurteilt sind, dem Nebenbuhler Staat Auswehlerdienste zu leisten; dabon kann wahrscheinlich bloß derjenige sich ein Bild machen, der solches selbst an eignen Leibe erfahren oder aber näher beteiligt war. Daß der übende Kollege eventuell sogar bei seiner Organisation noch Schaden erleiden kann, hat Schreiber dieses früher schon einmal ausführlich angeführt.

Kollegen! Deshalb ist es Pflicht, daß ein jeder diesem gewiß wohlgemeinten Antrage seine Sympathie entgegen bringt; warum dies auch nicht, sind wir Buchdrucker es gerade doch, die stets damit prunken: „Unser Verband schützt uns in allen Lebenslagen!“ Sind wir es nicht, die stets hinausgehen in die Lande, die Indifferenzen aufzuklären, sie zu erziehen und für uns zu gewinnen suchen, immer ihnen den Schutz in jeder Lebenslage vor Augen führend? Wo bleibt aber der Schutz, wenn er schon bei diesem Unterstützungsbezug verfaßt, der gewiß der materiell unbedeutendste innerhalb unserer Organisation ist und auch bleiben wird.

Der Bezirksverein Mainz hat bereits schon vor einem Jahrzehnte diesen Antrag auf den Gauenversammlungen verfochten. Derselbe hat auch immer größere Sympathie mit der Reihe der Jahre gefunden, was der Gantag in Landau vor sechs Jahren bewies, wo ihm nur eine kleine Minderheit gegenüberstand, und vor drei Jahren in Saarbrücken wäre er beinahe Gangeß geworden. Daß dieser Antrag bei den Mainzern in Fleisch und Blut übergegangen war, bewies die Generalversammlung der Mainzer Typographia (Sofalverein), welche letztere neben Pflege der Bibliothek, der fachtechnischen Fortbildung, noch einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewährt, daß sie schon seit zwei Jahren den zu Friedensübungen einberufenen Kollegen eine wöchentliche Unterstützung bezahlt. So erhalten die 1 Mk. pro Woche auf die Dauer von zehn Wochen, welche 52 Wochen gesteuert haben; 3 Mk. pro Woche auf 15 Wochen die mit 250 Wochen Steuerzeit. Dabei ist zu bemerken, daß die erste Klasse bei dieser Unterstützung für Übungsplüchtige so gut wie gar nicht in Frage kommt. Die Ausgaben für diesen Unterstützungsbezug betragen in 1903 ganze 25 Mk. und in 1904 ganze 33 Mk. bei einer Stärke von über 300 Verbandmitgliedern an Jahresfrist 1904; daß diese Summen keine gewaltigen zu nennen sind, dürfte doch selbst dem schärfsten Gegner dieses Antrages zu denken geben. Berechnen wir nun, daß Mainz wohl der zweitgrößte Bezirk im Mittelrheine ist, so dürfte für den ganzen Gau berechnet höchstens ein Betrag von jährlich 300 Mk. für sämtliche Übungsplüchtigen in Gestalt des wöchentlichen Gauzuschusses in Betracht kommen.

Was die Berechnung dieser Unterstützung für unsere Verbandskasse ausmacht, so kann dieselbe eine ebenfalls nicht allzuhohe sein. Hoffen wir deshalb, daß unsere Parlamentarier zu Dresden ihr ganzes Können einleiten, auch diesen Unterstützungsbezug in unser Verbandsstatut einzuverleiben. Daß der Antrag immer mehr Anhänger gewinnt, wird bewiesen durch dessen Annahme in einer ganzen Reihe von Städten.

Kollegen! Tut deshalb eure Pflicht auf allen Bezirks-, Gau- und Generalversammlungen, verheißt ihm zum Durchbruche, auf daß er Gemeingut werde für diejenigen, welche leider verurteilt sind, noch in späteren Jahren dem Staate ihre Person zur Verfügung zu stellen. Und ist es gelungen, endlich diesen so notwendigen Unterstützungsbezug zu besitzen, dann ist auch erfüllt:

Ein Akt der Gerechtigkeit!

Mainz.

J. W.

Militarismus!

Unter den vielen Anträgen zur Generalversammlung in Dresden nimmt die Unterstützung von zu militärischen Übungen einberufenen Mitgliedern eine Hauptstellung ein. Ob die Unterstützung für bezartige Zwecke dem Prinzip des Verbandes: „Gleiches Recht für alle bei gleichen Pflichten“, nicht zuwider läuft, ist leicht zu ersehen, wenn wir bedenken, daß nur etwa 25 Prozent aller Mitglieder Soldat werden resp. waren. Daß nun wegen des vierten Teiles der Mitglieder ein Unterstützungsbezug innerhalb des Verbandes eingefügt werden soll, zu dem das Gros der Mitglieder ohne irgend welche Rechte seinen Obulus abladen soll, ist meines Erachtens nicht angängig, denn wo Pflichten, müssen auch Rechte sein. Man wird mir vorhalten: Es ist dies deshalb, um die Familie vor dem Niedergange zu bewahren. Jawohl! Aber jeder Soldat gewesene Kollege weiß, daß er Übungen zu machen hat. Es wäre seine Pflicht, beizeiten sich eine kleine „Rücklage“ zu diesem Zwecke zu sichern, um nicht auf die Almosen der Kollegen angewiesen

zu sein. Bei besonderen Verhältnissen tritt ja ohnehin Befreiung von Übungen ein, wenn vorher reklamiert wird. Daß die Notlage der Familie nicht zu groß wird, ist verhütet durch die staatliche Unterstützung, womit eine Frau die paar Wochen schon haushalten kann, wenn auch knapp, denn die Unterstützung beträgt 30 bis 60 Prozent des ortsüblichen Zagelohnes. Die Motivierung: Es sollen seitens des Verbandes die Kollegen in allen Lebenslagen unterstützt und über Wasser gehalten werden, ist hier nicht angebracht. Denjenigen Mitgliedern, welche so schön für einen „Militärunterstützungsverein“ innerhalb des Verbandes sprechen, rate ich, selbst die hierzu nötigen Mittel zu beschaffen durch eine eigne Unterstützungsstelle der Buchdrucker für zum Militär einberufene Mitglieder, und nicht die anderen Kollegen zu materiellen Opfern heranzuziehen ohne irgend welche Gegenleistung, denn: Gleiches Recht für alle bei gleichen Pflichten!

Eine Erhöhung der Beiträge zu vorstehendem Zwecke ist so gut wie sicher, denn die finanziellen Verhältnisse des Verbandes ertragen nach dem Staube der letzten Abrechnungen keine Mehrbelastung ohne Beitragserböschung. Also fort mit diesem Unterstützungsbezug!

Reustadt a. Hd.

L. Schn.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung.)

Die Tagesordnung zum fünften deutschen Gewerkschaftskongresse fand bereits in Nr. 22 unter Rundschau Registrierung und kurze Besprechung. Wir kommen aus zweierlei Gründen heute noch einmal darauf zurück. Von verschiedenen Seiten wurde bemängelt, daß die Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, welche Frage vor Jahresfrist im „Correspondenzblatt“ durch Lichtenböcker in Fluß gebracht wurde, nicht als besonderer Tagesordnungspunkt aufgeführt ist. Wie nun das „Correspondenzblatt“ ausführt, ist diese Frage zurzeit noch nicht weniger als geklärt. Die Sassenbachschen Vorschläge (von uns in Nr. 11 erwähnt) wären undurchführbar, ebenso die von dem Redakteur des Harburger „Volksblattes“ entwickelten Ansichten. (Nüße will die Weiterbildung einmal durch Unterrichtsbücherei, andererseits durch von Wanderlehrern gehaltene Kurse erreichen.) Derartige Unterrichtskurse für Elementarbildung seien aber unmöglich, die Gewerkschaften könnten nur für Fortgeschrittene die Weiterbildung ins Auge fassen. Es könne deshalb nur von Spezialfortbildungskursen für Gewerkschaftsangeestellte, Arbeitersekretäre, Kartellbeamte usw. die Rede sein; für diese Kategorien wären also gesonderte Kurse zu veranstalten, die in Berlin stattfinden müßten und nicht länger als drei Monate dauern dürften. Die hierfür von den Organisationen aufgewandten Kosten würden sich am ehesten lohnen, da das Wissen der Gewerkschaftsangeestellten für ihre organisatorische Tätigkeit erweitert und vertieft werden würde. Bei den Kursen für Elementarbildung, für welche die Auswahl der Teilnehmer noch besondere Schwierigkeiten machen würde, da ja schließlich ein jedes Mitglied Anspruch auf Zulassung erheben könnte, seien die erhofften Resultate von geringerem praktischen Werte für die Gewerkschaften als solche. Man sieht, die Frage der Unterrichtskurse ist von solchen Schwierigkeiten umgeben, daß eine gründliche Erwägung derselben besser ist als ein verfrühter Beschluß. Da die praktische Seite der Sache die ausschlaggebende ist, so wäre dem Vorschlage des „Correspondenzblatt“ zuzustimmen.

Wie schon in Nr. 11 von uns betont, legen wir auf den Punkt 2d der Tagesordnung „Streikunterstützung und Streikstatistik“ einen besonderen Wert. Mit der bisherigen Methode der finanziellen Unterstützung größerer Kämpfe durch die gesamte organisierte Arbeiterschaft geht es tatsächlich so nicht weiter, dies Gefühl ist allgemein vorhanden. Wenn irgend etwas dazu beigetragen, diese Ansicht zu befestigen, so die vom Textilarbeiterverbande endlich am 10. Februar l. J. gegebene Abrechnung über den Crimmitschauer Kampf. Die „Rheinische Zeitung“ hat mit ihrer Anregung, der Textilarbeiterverband solle 150000 Mk. für die streikenden Ruhrbergleute abstoßen (6000 Mk. sind wöchentlich in Wirklichkeit aus jener Verbandskasse den Bergleuten zugegangen), weil er bei seinem Kampfe aus der Solidarität der deutschen Arbeiterschaft eine bedeutende Summe erübrigt hat, es endlich dahin gebracht, daß man über die Angelegenheit Näheres erfuhr. Dieser Streik und die Unterstützung haben also während der Zeit des eigentlichen Kampfes (20. August 1903 bis 18. Januar 1904) 929 630,66 Mark gekostet. Eingekommen sind von den Textilarbeitern des Zn- und Auslandes 220 117,23 Mk. von der deutschen Arbeiterschaft 1 003 158,21 Mk. Danach betrug der Ueberfluß 293 644,78 Mk. nach unserer und anderer Leute Ansicht, der Vorstand des Textilarbeiterverbandes aber rechnet nur einen solchen von 77 645,62 Mk. heraus. Das wird nämlich folgendermaßen gemacht. Nach dem Kampfe bis zum 31. Dezember v. J. wurden in Verfolg desselben nachstehende Ausgaben von den 293 644,78 Mk. gemacht: für Unterstützung an die Genossenschaften 196 006,19 Mark, Fortschaffung fremder Arbeitswilliger 526,65 Mk., Miete 1374,80 Mk., außerordentliche Unterstützung bei Not geratenen Crimmitschauer Textilarbeiter und Entscheidungsgeldern 2357,14 Mk., Rechtschutz bei Prozessen 4808,56 Mk., Drucksachen 1905,16 Mk., Porto, Telegramme und Telefongespräche 170,41 Mk., Reise- und Umzugskosten für Ausgesperrte und sonstige Ausgaben 8851,25 Mk.; also Ueberfluß nur 77 645,62 Mk. Hierzu

bemerkt der Vorsitzende Hübsch noch: „daß die verbreiteten Angaben, der Textilarbeiterverband habe bei dem Crimmitschauer Streik 300 000 Mk. verdient, infolgedessen irrtümlich sind, weil wir nach dem Streik für die Maßregelungen und infolge deren, daß der Betrieb nach dem Streik lange Zeit kaum zur Hälfte aufrecht erhalten werden konnte, noch rund 216 000 Mk. zu zahlen hatten.“ Das ist aber doch stark, schämmer ist aber noch, daß fast alle Gewerkschaftsblätter und die Arbeitertagespresse ausnahmslos dieses Unikum von Streitabrechnung unbedenken hingegenommen haben. Von den vorhergehenden unter den Ausgaben nach dem Kampfe aufgeführten Positionen scheiden sieben in Höhe von 19 992,97 Mk. von vornherein aus, weil das aus Organisationsmitteln zu bestreitende Aufwendungen sind. Und wie verhält es sich mit den 196 006,19 Mk. Unterstützung an die Gemahregelten? Die Zeit vom 19. Januar bis 31. Dezember 1904 umfaßt rund 50 Wochen, es wären also durchschnittlich 3920,12 Mk. wöchentlich an Gemahregeltenunterstützung ausgegeben worden. Nehmen wir an, daß an jedes Opfer des Kampfes nur 10 Mk. pro Woche an Unterstützung gezahlt wurden, so gebe das 392 Gemahregelte, die vom 19. Januar bis zum 31. Dezember unterstützt worden sind. Und diese 392 Opfer sollte eine Organisation, welche 1903 im Jahresdurchschnitt 54 556 Mitglieder zählte, nicht unterhalten können? Das glaube, wer will. Was geben die Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter, Metallarbeiter nicht jahrein jahraus an Streitunterstützung aus eignen Mitteln aus, und wieviel Tausende von Opfern bleiben auch da nach jedem Kampfe übrig? Wir identifizieren uns gewiß nicht mit der lokalen „Einigkeit“, aber in dem Urteile derselben über den finanziellen Abschluß des Crimmitschauer Kampfes steht tatsächlich etwas Wahres; sie schreibt nämlich: „Wenn das Drängen seitens anderer Verbände angesichts des Bergarbeiterstreiks nicht ganz kräftig eingeleitet hätte, dann hätte man (sicher) nach ein Jahr mit der öffentlichen Abrechnung gewartet; vielleicht wäre dann die Leberstützsumme, die bei Beendigung des Streiks noch 293 644,78 Mark betrug, jetzt aber bis auf 77 645,62 Mk. zusammengeschrumpft ist, gänzlich alle geworden und es wäre gegebenenfalls noch ein Defizit zu verzeichnen gewesen.“

So viel wir gesehen haben, hat neben der „Buchbindezeitung“ namentlich die „Holzarbeiterzeitung“ gegen diese Art der Verwendung von überschüssigen Geldern der Allgemeinheit Verwendung eingelegt, welche forderte, daß die Verwendung aller Gelder aus öffentlichen Sammlungen nur der Generalkommission zustehen soll. Der Bergarbeiterverband, welcher doch auch einige Tausende von Opfern nach dem Generalstreik zu verzeichnen hatte, veranlaßte, daß nach drei Wochen die Sammlungen eingestellt wurden, weil nach dieser Zeit die Bergleute wieder Lohn erhielten. Nach dem Beispiele des Textilarbeiterverbandes hätte er auch anders handeln können; daß er es nicht tat, ist auch ein Zeugnis gegen das Verhalten des Textilarbeiterverbandes.

So kann es also nicht weiter gehen. Es kommt aber noch ein weiterer Umstand hinzu. Befanndlich bereiten Beitragserhöhungen in den Gewerkschaften fast immer Schwierigkeiten, früher mehr wie jetzt. Als aber im vergangenen Jahre bei den Textilarbeitern die Beiträge erhöht wurden, sprangen etwa 65 000 Mitglieder ab. Auch andere Organisationen haben noch bis in die letzten Jahre ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Opferfreudigkeit der deutschen Arbeiter, wie sie sich bei dem Crimmitschauer Textilarbeiterkampf und bei dem Ruhrbergleute gezeigt hat, zwingt gewiß zu aufrichtiger Bewunderung. Wenn aber in einzelnen Gewerkschaften noch immer nicht wenige Leute vorhanden sind, die wegen einer geringfügigen, aber dauernden Mehrbelastung fahrlässig werden, dann wird die Freude über die glänzende Solidarität der Allgemeinheit doch merklich getrübt, denn das zeugt von einem mangelnden Verständnis für den systematischen Aufbau.

In Nr. 136 des Jahres 1903 haben wir bei Besprechung einer Konferenz der Zentralverbände gefordert, daß die Entscheidung über umfangreichere gewerkschaftliche Aktionen, die aller Voraussicht nach zu einem großen Kampfe führen, bei der Generalkommission bzw. dem Gewerkschaftsausschusse liegen soll, in Nr. 36 des Vorjahres — bei der Zusammenfassung über die den Crimmitschauer Kämpfern von den Buchdruckern geleisteten Hilfe — haben wir wieder die Notwendigkeit betont, daß die Generalkommission nach bestimmten Grundregeln solche Kämpfe aus Mitteln der angeschlossenen Organisation unterstützen müßte, und heute fordern wir in Ansehung dieser mehr wie merkwürdigen Abrechnung des Textilarbeiterverbandes noch dringender, daß der Kölner Gewerkschaftskongress in dieser Beziehung ganze Arbeit verrichtet. So kann es wirklich nicht weiter gehen.

Die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genet System empfiehlt die Soziale Kommission in München dieser Kommune. Die unter Leitung von Dr. R. Singer stehende Kommission propagiert nach reichlicher Erwägung und in einem ausführlichen Gutachten die Befolgung des Genet Beispiels, das ja auch der Stuttgarter Gewerkschaftskongress als vorbildlich anerkannt hat, weil es die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung, zu welcher von der Gemeinde bestimmte Zuschüsse geleistet werden würden, als Grundlage anerkennt und nur auf dieser Basis sich bewegt. Hoffentlich lassen sich die Münchener Stadtverordneten von den vorzüglichen Leistungen des Herrn Dr. Singer auch zur Annahme des ganzen Projektes bewegen, womit dann der

Anfang gemacht wäre zu einer weiteren Anerkennung der Gewerkschaften als wirtschaftlicher Faktor.

Die deutschen Gewerkschaftsartelle haben sich seit dem Juli v. J. um 32 vermehrt, ihre Zahl beträgt jetzt 464. Eingegangen sind die Kartelle in Aalen, Cuxhaven, Kestlerbad, Lissa, Delant, Ratibor und Straburg i. E.

Der weitere Verlauf des Februar brachte für uns Buchdrucker auch weitere Wünsche zur Generalversammlung. Es ist zu bedauern, daß die ganze Diskussion sich fast ausschließlich um Unterstützungs- oder nebensächliche Sachen dreht, prinzipielle, für den Ausbau der Organisation wertvolle Fragen, sind aber so gut wie gar nicht angeschnitten worden. Es ist aber gute Aussicht vorhanden, daß diesem Mangel in Dresden selbst gründlich abgeholfen wird. Die Münchener internationale Maschinenmeisterkonferenz dürfte speziell in Druckerkreisen geteilte Aufnahme gefunden haben; uns erscheinen die gefassten Beschlüsse nicht immer im Einklange zu stehen mit den bisher in Deutschland von einem angesehenen Teile der Drucker vertretenen Forderungen. Die in das aktuelle Stadium getretene Frage der Tarifrevision in Oesterreich hat für uns Reichsdeutsche ein erhebliches Interesse. Der Ausgang der Tarifrevision jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle ist für uns nächstjährige von symptomatischer Bedeutung. Regere Organisations-tätigkeit ist bei unseren Prinzipalpalen zu konstatieren. Es scheint, daß die Zeit zu der neuen Kreiseinteilung bzw. zum Ausbau des Deutschen Buchdruckervereins gar nicht besser gewählt werden konnte als so verhältnismäßig kurz vor der Tarifrevision. Die Stimmen im Prinzipalpalager für eine Verlegung des Tarifaussschusses in die Organisation, also den Abschluß des Tarifes zwischen Prinzipalpalverein und Verband, mehren sich sichtlich. Es werden aber auch Auslassungen von Prinzipalpalversammlungen bekannt, welche zu erkennen geben, daß man auf jener Seite die in ein paar Großstädten vorhandenen Strömungen bei den Gehilfen sehr wohl einzuschätzen weiß. Am offenkundigsten wurde das in der Berliner Prinzipalpalversammlung vom 12. Februar. Die Geschäftslage war im Januar nicht zufriedenstellend, für Februar verzeichnen wir aber nur einen Druckort, der eine Verschlechterung gegen den Januar meldet; alles berichtet vielmehr von einer Besserung. Bemerkenswert ist, daß einige Orte im Ruhrreviere eine Beeinträchtigung durch den Bergarbeiterstreik hatten. Daß der Januar in geschäftlicher Beziehung schlechter war als der Dezember des Vorjahres, bezogte auch die Arbeitslosenregister in unserm Bezirke. Während nämlich im Dezember auf 100 Mitglieder 2,49 Arbeitslose kamen, waren es im Januar 2,74; gegen die Parallelemonate der Vorjahre bedeutet das aber trotzdem eine ansehnliche Besserung unser Arbeitsmarktes, im Januar 1904 betrug nämlich die Arbeitslosenziffer 3,49, im Januar 1903 gar 4,55 Proz. Im Februar hat sich, wie schon bemerkt, die Geschäftslage wesentlich gebessert; ziffermäßige Ausweise können darüber allerdings noch nicht vorliegen.

Die Bergarbeiter wollen auch nach anderer Richtung die richtigen Lehren aus dem großen Streik ziehen. Für die zum 10. Juni nach Berlin einberufene sechszehnte Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes wird es als wichtigster Punkt die Forderung der Beitragserhöhung geben; statt 20 Pf. sollen 40 bzw. 50 Pf. erhoben werden. Das läßt sich hören, und mit Genehmigung ist zu konstatieren, daß die Mitgliedschaften dieser Beitragserhöhung keinerlei Widerstand entgegensetzen. Der Bergarbeiterverband, welcher der Zahl nach mit einem Schlage die drittgrößte Organisation geworden ist, jetzt also an der richtigen Stelle ein zur Befestigung seiner Positionen. Interessant sind einige Ausführungen in Nr. 10 der „Bergarbeiterzeitung“. Es wird dort gesagt, daß es eine große Torheit von der Siebenerkommission gewesen wäre, wenn sie Gelder zur Weiterführung des Kampfes geliehen hätte. Ob Millionen genügt hätten, dem Kampfe einen günstigeren Ausgang zu verschaffen, müßte entschieden bezweifelt werden. Die Bergarbeiterorganisationen hätten aber für diese Schulden, mit denen auch ein großer Teil Unorganisierter unterstützt werden müßte, haften müssen und wären auf lange Jahre lahm gelegt. Bei den Gewerkschaften, welche diese Gelder hergeben sollten, wäre der gleiche Fall eingetreten; auch sie würden durch den Bergarbeiterstreik aktionsunfähig geworden sein, weil sie ihren Kriegsschatz zur Verfügung gestellt hätten. Das ist sehr einleuchtend. Wir werten, daß man in der Scharfmacherkorona sogar so kalkuliert hatte. Wäre das ein Freßer gewesen, nicht nur die Bergarbeiter besäßen, sondern auch die anderen großen und gestärktesten Gewerkschaften lahm gelegt zu haben! An ein solches Rechenexempel denken gewisse große Lakaien, die da auch in unseren Kreisen mit den Millionen nur so umherwerfen, natürlich nicht im Traume.

Die polnischen Gewerkschaften sind auf dem Wege, sich eine neue Zentrale zu schaffen. Dem Nationalarbeitersekretariate waren nur 5500 Arbeiter angeschlossenen, außerdem standen 25 000 Organisierte, darunter namentlich die größeren Verbände. Das Nationalarbeitersekretariat hat in jüngster Zeit noch mehr an Anhang verloren, auch tatsächliche Fehler begangen, außerdem soll es unter anarchischer Führung stehen. Der Diamantarbeiterverband ergriff die Initiative zur Errichtung einer neuen Zentrale, die Buchdrucker und die Hafenarbeiter lehnten jedoch die Einladung zu der ersten Konferenz der Gewerkschaften ab. Gegen den Gesekentwurf über die Arbeitskontrakte protestieren die Arbeiterorganisationen ganz entschieden. Vom General-

streik im Jahre 1903 sind noch immer Opfer vorhanden. Die Stadtverwaltung Amsterdam entließ wegen Beteiligung an dieser Aktion im Jahre 1903 eine größere Anzahl der in ihren Diensten befindlichen Arbeiter. Von diesen sind jetzt noch 110 bis 120 nicht wieder eingestellt, dieselben leiden große Not, da auch sonst die Arbeitsgelegenheit ungünstig ist. Ein Antrag im Gemeinderate, diese Leute zunächst einzustellen, wurde wieder abgelehnt. (Schluß folgt.)

Amerikanische Arbeiterverhältnisse.

Herr Professor Dr. W. Sombart, der im vorigen Jahre eine Reise nach Amerika unternahm, um die dortige Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu studieren, hielt am 26. Februar im Breslauer Odeontheater einen Vortrag über „Amerikanische Arbeiterverhältnisse“. Eingangs seines Vortrages führte der Redner aus, daß er nur in rein wissenschaftlichem Sinne spreche, ohne Nutzanwendung und ohne politische Hintergedanken. Die Tatsachen, die er vorführe, beruhen auf eigener Anschauung oder stammen aus den besten Quellen, die zur Verfügung ständen. Wenn man frage, in was die Eigenart der amerikanischen Arbeiterverhältnisse bestehe, so kommen drei charakteristische Punkte in Betracht: 1. Die demokratische Verfassung des Landes; 2. das Vorhandensein von freiem Lande; 3. die hohe Lebenshaltung der Arbeiter. Das demokratische Wahlrecht ist dem unsrigen gleich, doch wählt der Arbeiter dort nicht nur die Abgeordneten direkt, sondern auch die Verwaltungsbeamten, die Richter usw. mit Ausnahme der obersten richterlichen Verwaltung. Das Vorhandensein von freiem Lande erklärt sich dadurch, daß in diesem riesigen Lande sozusagen eine kleinere Insel, in der Industrie betrieben wird, einem großen Teile unbauten Landes gegenübersteht; erst im letzten Jahrzehnt ist noch ein großer Teil besiedelt worden, dessen Größe derjenigen Deutschlands entspricht. Was die Höhe der Lebenshaltung betrifft, so ist es schwierig, festzustellen, in welchem Maße der amerikanische Arbeiter besser lebt. Der Durchschnittslohn für Männer betrage 1 1/2, bis 2 Doll. täglich, Buchdrucker verdienen 3 Doll., Maurer 6 Doll., letzterer Lohn sei allerdings ein Ausnahmefall. (Will man die angegebenen Summen mit hiesigen Verhältnissen vergleichen, so ist der Dollar mit etwa 3 Mk. in Vergleich zu stellen und bei Markangaben immer etwa drei Viertel der Summe anzunehmen.) Im allgemeinen wohnt der amerikanische Arbeiter besser; abgesehen von einigen Riesentädten, sind die Städte weitläufig gebaut, Ein- und Zweifamilienhäuser, in denen die Familie drei bis vier Zimmer bewohnt, stehen ihm zur Verfügung. Das Jahresbudget einer Familie von fünf Personen, wobei die Familie mitterverdienend, stelle sich so: Einnahme rund 3300 Mk.; Ausgaben: Wohnung etwa 500 Mk., Nahrungsmittel 1300 Mk. (die bessere Lebenshaltung zeigt sich hier besonders dadurch, daß der weitaus größte Teil dieser Summe aus Fleisch, Geflügel, Fische, Eier, Butter usw. verausgabt wird und nur der geringste Teil auf minderwertige Lebensmittel, wie Kartoffeln usw.), Beleuchtung 30 Mk., Heizung 130 Mk.; Kleidung: Mann 135 Mk., Frau 110 Mk., Kinder 220 Mk.; Steuern 60 Mk.; Versicherungen: Leben 120 Mk., Eigentum 20 Mk., für die Organisation 40 Mk., andere Organisationen 45 Mk.; religiöse Zwecke 40 Mk., Wohltätigkeit 18 Mk., Neuanschaffung von Möbeln usw. 120 Mk., Bücher und Zeitungen 35 Mk., Vergnügungen und Ferien 75 Mk., alkoholisches Getränke 100 Mk., Tabak 55 Mk., Krankheit und Tod 110 Mk., andere Zwecke 180 Mk. Diese höhere Lebenshaltung entspringt der Eigenart der amerikanischen Volkswirtschaft. Die Möglichkeit, gut zu leben, hängt ab von der Menge der Gebrauchsgüter, über die der einzelne verfügt. Die amerikanischen Arbeiter sind günstiger gestellt, weil die Verhältnisse nach allen Richtungen günstiger liegen. Die Volkswirtschaft ist ausgiebiger durch die große Produktivität der Natur; es ist ein vorzüglicher Weizenboden vorhanden, der den besten europäischen an Ausbeutung und das fruchtbarste übertrifft. Zu dieser natürlichen Fruchtbarkeit kommt der Reichtum an Bodenschätzen. Der deutsche wie der englische Bergmann fördern 300 Tonnen Kohle, der amerikanische jedoch 1000 Tonnen. Hier kommt wohl die größere Leistungsfähigkeit des letzteren in Betracht, mehr aber noch die Ergiebigkeit der Bergwerke, in denen noch Stollenbau betrieben wird, bei welchem die großen Schwierigkeiten des Tiefbaues, mit welchem unsere Bergwerke betrieben werden, nicht vorhanden sind. Weiter kommt hinzu die künstlich geschaffene Produktionssteigerung. Die Produktion ist vollkommen in ihrer Technik, raffinierter in ihrem Vorgehen. Das Maschinenprinzip ist vollkommen durchgeführt, der durchgehende Charakterzug ist Ersatz der Handarbeit durch die Maschinenarbeit. Der Amerikaner benutzt immer die neueste Maschine, was wohl aber nicht von dem größeren Unternehmungsgeiste herrührt, sondern der amerikanische Unternehmer kann das eher, weil seine Profitrate größer ist als die in Europa. Die Betriebsorganisation ist hochentwickelt, größer und konzentrierter. Der Ballast handwerksmäßiger Organisation, der sich bei uns noch immer bemerkbar macht und das Produktionsniveau herunterschiebt, wird nicht mitgeschleppt. Die wirtschaftliche Produktion ist größer; die Truths, unseren Kartellen entsprechend, aber doch wesentlich verschieden, arbeiten mit einem Kapitale von 20 Milliarden Dollars; so ist z. B. der Stahltrust mit einem Kapitale von 1370 Millionen Dollars ins Leben getreten. Diese Zusammenfassung des Kapitals an wenigen Stellen, welche die ganze Produktion

divulgieren, ist für die Hebung der Produktivität wichtig geworden. Der Unterschied zwischen den Trusts und unseren Kartellen zeigt sich darin, daß die Kartelle nur den Absatz der Produkte regeln, während die Trusts auch die Produktion beeinflussen. Werke, die nicht auf der Höhe der Zeit stehen und produktiv genug sind, werden einfach stillgelegt. Der Stahltrust regelt nach einem bestimmten Plane die ganze Stahl- und Eisenproduktion. Ein weiteres Moment zur Erklärung der Ergiebigkeit der Produktion ist die Intensität des wirtschaftlichen Lebens. Die Unternehmer sind betriebssamer, das Kapital fruchtbarer und die Arbeit wird intensiver gefördert. Die Meinung, daß in Amerika eine kürzere Arbeitszeit vorherrsche, ist irrig. Der Arbeiter arbeitet mindestens ebenso lange als der deutsche, da der zehnstündige effektive Arbeitstag mit einer halb- bis dreiviertelstündigen Pause die Regel bildet. Während des Arbeitsstages ist auch die Verausgabung von Arbeitskraft größer, da die Maschinen, die sie drüben schneller laufen lassen, den Arbeitern das Tempo vorschreiben, in dem er zu arbeiten hat. Zur Produktivität tritt also die Intensität. Der große Reichtum der Industrie baut sich, nach Meinung des Redners, auf der Ausbeutung des platten Landes auf, indem der Farmer die Rechnung bezahlen muß. Das liegt in der Natur der Verhältnisse des Farmers. Als vereinzelter Produzent, ohne Organisation, steht er überall kapitalistischen Niesenunternehmen gegenüber, so daß der Handel immer zu seinen Ungunsten abläuft. Nimmt er Kredit in Anspruch, so muß er in den mittleren und westlichen Staaten 8 bis 15 Proz. Zinsen zahlen. Will er sein Getreide verkaufen oder auf der Bahn versenden, muß er Maschinen, Dünger oder irgend etwas kaufen, immer stößt er auf kapitalistische Unternehmen. So entfällt bei einer Gesamtaufstellung der wirtschaftlichen Produkte zwischen Landwirtschaft, Handel und Industrie nur der kleinere Teil der ersten zu. Zum Teile hängt dies mit der Struktur des Landes zusammen; bei den weiten Entfernungen müssen die landwirtschaftlichen Produkte weiter transportiert werden wie bei uns. Von dem größeren Teile der Produkte, der auf Handel und Industrie entfällt, erkämpft sich nun wieder der Arbeiter seinen Anteil. Die hohe Lebenshaltung des Arbeiters (es sind immer nur die in Industrie, Transport und Handel beschäftigten gemeint) sei teilweise bedingt durch die niedrige Lebenshaltung des Farmers. Doch liege auch für den Arbeiter der Arbeitsmarkt sehr günstig; seit einiger Zeit habe sich allerdings derselbe verschlechtert. Würden große Gebiete neu besiedelt, so war alles in Ueberflusse da, nur an Arbeitern fehlte es; diese Situation habe dem Arbeiter die Macht verschafft.

Mit der Gewerkschaftsbewegung sei es ein eigenartiges Ding. Man kann behaupten, wenn der Arbeiter gut gelohnt und gut organisiert sei, so gebühre dies Verdienst der Organisation; in gewissem Sinne sei aber auch das Umgekehrte richtig. Hierbei zieht Redner den deutschen Buchdruckerverband in Betracht und gibt der Meinung Ausdruck, daß die gute Ausgestaltung der Organisation, noch ehe andere Gewerkschaften sich organisieren konnten, zum Teile darauf beruhe, daß von Anfang an höher gestellte Arbeitervorgänger in Betracht kamen, bei denen traditionelle Verhältnisse eine Rolle spielten. Dies gelte auch für Amerika. Da die Lohnverhältnisse bessere waren, so waren auch die Chancen für die Organisation günstiger. Die Organisationen verbesserten dann noch die Verhältnisse resp. verhinderten, daß sie schlechter wurden. Von 20 Millionen Arbeitern seien in Amerika 25 Proz. organisiert, gegen 20 Proz. in Deutschland. Doch seien die amerikanischen Organisationen zum Teile mächtiger, dies sei von Bedeutung für die Formierung des Denkens der Arbeiter. Was man das proletarische Klassenbewußtsein nenne, so sei dieses in der amerikanischen Arbeiterbewegung nicht vorhanden, der Arbeiter stehe den anderen Klassen nicht feindselig gegenüber, da er sich als gleichberechtigter Bürger fühlt. Das sei begreiflich durch seine wirtschaftliche Lage, die der uners Mittelstandes fast gleichkomme. Klassen ihm die Verhältnisse nicht, so wandere er nach dem Westen aus, um Farmer zu werden. Durch Gesetz war jedem Arbeiter über 21 Jahre frei gestellt, 80 Jahre freies Land an der Eisenbahn, das Doppelte, wenn entfernt von der Bahn liegend, in Besitz zu nehmen. Nach fünfjähriger Bewirtschaftung ging es in sein Eigentum über, ohne daß er einen Pfennig zu zahlen hatte. Die Besiedelung des Landes erfolgte daher nicht nur durch Einwanderer, sondern auch durch Abwanderung der östlichen Bevölkerung; das zeigte sich besonders, wenn in der Industrie Krisen herrschten. Von welcher Bedeutung dieser Rückhalt auf das Geelenleben des Arbeiters sei, lasse sich leicht erkennen. Dazu komme die formale Freiheit und dieselbe Machtbesugnis, wie die der anderen Klassen im Staate. Der Arbeiter komme sich mehr als Anteilhaber im Staate vor als bei uns; durch seine Stimme ist er bei der Wahl in der Lage, den Gouverneur oder einen Richter, der ihm feindselig gegenübersteht, aus dem Sattel zu heben, dadurch stärkt sich bei ihm das Gefühl der Anteilnahme ungeheuer. Bei dem großen Streik in Colorado, der durch Zuziehung von Miliz zum Bürgerkrieg ausartete, wurden 56 Arbeiterführer ohne weiteres über die Grenze abgeschoben. Die Bergarbeiter waren durch diese Vorgänge aufs äußerste erbittert. Bei uns würden nun bei der nächsten Wahl die sozialdemokratischen Stimmen gewaltig angeschwollen sein; in Colorado sanken sie jedoch auf die Hälfte herab. Die Arbeiter vereinigen sich mit einer der beiden großen Parteien, und es gelang ihnen, den Urheber dieses Kampfes, den Gouverneur, glatt zu beseitigen.

Alles das zusammen bewirkt, daß drüben die Arbeiterbewegung nicht auf Klassenengegenseitigkeit gegründet sei. Auch die Gewerkschaftsbewegung trage kapitalistischen Charakter. Die Arbeiter fühlen sich unter diesem Systeme wohl und fördern es. Dies zeigt sich in Versammlungen wie auch in der Presse. Als Charakteristikum führt Redner an, daß eine Arbeiterzeitung, die etwa unserm „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ entspricht, an einem bestimmten Tage 70 Seiten Text und 127 Seiten Inzerate von Trusts, Eisenbahnen, Maschinenfabriken usw. hatte.

Die Darstellung der Arbeiterverhältnisse wäre jedoch unvollkommen, wenn nicht festgesetzt würde, daß die guten Verhältnisse im Zurückgehen begriffen resp. ins Gegenteil umzuwälzen drohen. Das freie Land fällt fast schon weg. Nur trockene oder halbtrockene Steppe, die größere Kapitalisten zur Bewirtschaftung erfordere, sei noch frei; die Landwirtschaft müsse intensiver betrieben werden. Die Lebenshaltung sei auf einem Punkte angekommen, über den sie sich nicht erheben, sondern unter den sie heruntergehen werde. Die Produktion war bisher auf einem Raubbau basiert. Muß der Farmer erst düngen und der Bergbau Tiefbau betreiben, dann werde sich die Lage der Arbeiter dauernd verschlechtern. Hierzu komme die große Einwanderung aus niederen Kulturgebieten, von Slaven und jüdischen Arbeitern, die mit jedem Lohnsäge zufrieden sind. Diese Ueberflutung mit billigen Arbeitskräften muß auf die Verhältnisse niederdrückend wirken. Auch die Negers sind langsam für die Industrie arbeitsfähig geworden. Durch die billigen Löhne derselben beginnt die Industrie nun im Süden Boden zu fassen, von dort wird nun der Lohnboden kommen. Ob auch die demokratischen Rechte der großen Masse werden geschmälert werden, hängt von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Schon versucht die Kapitalistenklasse durch Beeinflussung der Parlamente, Richter usw. die Rechte der Arbeiter illusorisch zu machen. In dem Bestreben, die Macht der Massen, der Organisationen einzudämmen, wird das Kapital sich mächtiger erweisen. Die Stellung der Unternehmerverbände gegen die Arbeiterschaft ist drüben schärfer wie hier. Diese veränderten Umstände werden von Bedeutung sein für die weitere Gestaltung der Arbeiterbewegung. Dieselbe wird einen politischen Charakter annehmen, ja sie hat ihn zum Teile schon jetzt angenommen, indem die Gewerkschaften den Wahlkandidaten Fragen vorlegen, auf die sie sich verpflichten sollen. Es fragt sich jedoch, ob diese indirekte Einwirkung auf die Dauer genügen wird. Die Politik der Gewerkschaften wird eine schärfere Form annehmen, wahrscheinlich eine sozialistische werden. Ob die Arbeiter eine dritte große Partei bilden werden, sei fraglich. Der Amerikaner ist nicht gewillt, einer Partei anzugehören, die erst langsam wächst und auf Jahre hinaus noch zur Untätigkeit verurteilt ist; er will unmittelbare Erfolge sehen, sich an großen Zahlen berauschen. Dies kann nur geschehen, wenn sie sich der republikanischen oder der demokratischen Partei anschließen. Allerdings haben sich die sozialdemokratischen Stimmen stark vermehrt, aber gegenüber der Gesamtzahl der Stimmen (1/2 Million gegen 16 Millionen) seien sie doch noch gering. Daß die Arbeiterbewegung politischer resp. sozialistischer werden wird, sei jedoch ungewisselt. Redner hat vor zehn Jahren eine Theorie aufgestellt, die Tendenz zur Einheit. Die Arbeiterbewegung habe die Tendenz, sich in allen Ländern zu vereinheitlichen. Zunächst bringt jedes Land seine nationale Eigenart mit, dieselbe wird durch den Verkehr der Nationen mit einander abgeschliffen. Die kapitalistische Entwicklung sorge dafür, daß die Arbeiterbewegung nur eine sozialistische wird sein können. Was die amerikanische Bewegung von der europäischen unterscheidet, sei in den Eigenarten des Landes begründet, die ebenfalls mit der Zeit verschwinden müssen. Die revolutionäre Arbeiterbewegung verschiedener Länder Europas und die rein ökonomische Amerikas werden einander durchdringen wie der Sauerteig das Mehl; die europäische Bewegung werde sich amerikanisieren und umgekehrt. Am Ende werden die verschiedenen Richtungen der großen sozialen Bewegung zu einem mächtigen Strom zusammenfließen. Welche Richtung die Bewegung in Jahrzehnten dann einschlagen wird, damit brauchen wir uns heute nicht den Kopf zu zerbrechen.

Auf eine Frage, wie die intensive Arbeit auf die Gesundheit der Arbeiter einwirke, ergriff der Herr Vortragende nochmals das Wort und erklärte, daß der amerikanische Arbeiter seine Kräfte allerdings sehr rasch verbräuche. Wie schon gesagt, sei der amerikanische Unternehmer weit rückwärtslos; alternde Arbeiter finden nur noch schwer oder gar keine Stellung. Redner kam nochmals auf den kapitalistischen Geist, der in den amerikanischen Gewerkschaften herrsche, zu sprechen, der sich u. a. auch darin äußere, daß eine Reihe Gewerkschaftsführer sich von den Unternehmern kaufen ließen, d. h. sie nahmen ihnen angedotene, gut bezahlte Stellen sowohl bei Unternehmern als auch im Staatsdienste an und ließen die Gewerkschaftsbewegung im Stiche.

Korrespondenzen.

Breslau. Die Ortsversammlung vom 8. März beschäftigte sich hauptsächlich mit der Beratung von Anträgen zur Generalversammlung. Nach reger Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß die zur Beratung stehenden Anträge eine Beitragsverhöhung zur Folge haben werden und die Mitglieder sich damit einverstanden erklärten, wurde

beschlossen, die folgenden Anträge zu stellen. Ortsunterstützung betreffend: In § 1, Abs. 2 soll zwischen 150 und 750 Beiträgen eine Zwischenstufe mit 450 Beiträgen und 210 Tagen Unterstützung eingefügt werden. Zu § 2: Die vorherige Genehmigung zu einem Vorgehen soll bei Konflikt nicht mehr der Verbands-, sondern nur der Gauvorstand erteilen. Eine Anerkennung der Maßregelung soll auch dann erfolgen, wenn die Entlassung eine Folge des Eintretens für die Verbandsinteressen war. Zu §§ 4 und 8: Will ein Ortsunterstützung beziehendes Mitglied in einen andern Gau übersiedeln, so soll eine Genehmigung des Vorstandes desjenigen Gaus, in dessen Bezirk der Arbeitslose sich aufhalten gedenkt, nicht mehr dazu erforderlich sein. Umzugskosten betreffend: Der Höchstbetrag der Unterstützung soll auf 150 Mk. erhöht und in Abs. 5 die Worte „Freiwillig Umziehende und solche“ gestrichen werden. Des weitern sollen auch ledige Kollegen, welche eine Kondition nach auswärts annehmen, nach Genehmigung des Gau- und Ortsvorstandes eine Fahrtentschädigung erhalten, welche letztere in der Regel nur einmal im Jahre gezahlt wird. Begräbnisgeld betreffend: Von der Unmöglichkeit der Einführung einer Witwenkasse scheinen wohl jetzt die meisten Mitglieder überzeugt zu sein. Die Versammlung beschäftigte sich nur mit einer Erhöhung des Begräbnisgeldes. In § 11 soll der letzte Satz folgendermaßen lauten: „Mitglieder, welche mehr als 250 Wochenbeiträge entrichtet haben, erhalten 150 Mk., bei 500 Wochenbeiträgen 300 Mk., bei 750 Wochenbeiträgen 400 Mk. und solche mit mehr als 1000 Wochenbeiträgen 500 Mk. Begräbnisgeld.“ In Anbetracht dessen, daß viele Mitglieder beim Ableben ihrer Frau in eine Notlage geraten, wurde beschloffen zu beantragen, daß Mitglieder, welche 250 Beiträge geleistet haben, ein Begräbnisgeld für die Frau in Höhe von 50 Mk. erhalten sollen. Invalidenunterstützung betreffend: Wie bei allen anderen Unterstützungen soll auch in diesem nur die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge maßgebend sein und die Karenzjahre fortfallen; doch soll in der dritten Stufe die Anzahl der geleisteten Beiträge auf 700 erhöht werden. Tarifliches betreffend: Bei Lohnfreitigkeiten der Hilfsarbeiter können die Verbandsmitglieder die Hilfsarbeiter aktiv unterstützen, sobald die örtliche Leitung der Hilfsarbeiter sich vorher mit dem örtlichen Verbandsvorstand ins Einvernehmen gesetzt und Gau- und Verbandsvorstand ihre Genehmigung dazu geben. Die Unterstützung ist so gedacht, daß bei Ausständen der Hilfsarbeiter die Verbandsmitglieder nicht arbeiten, die ersten zu zusehen, berichten. Gewerkschaftliches betreffend: Die Generalversammlung möge beschließen, die Kosten für den deutschen Maschinenmeisterkongress aus der Verbandskasse zu decken. Ferner: Zum Gewerkschaftskongress entsenden die Gawe abwechselnd einen Vertreter. Die Anzahl und die Reihenfolge der zur Wahl berechtigten Gawe bestimmt die Generalversammlung. Abgelehnt wurde ein Antrag, nach welchem wegen Arbeitslosigkeit vorübergehend in einen andern Beruf tretende Mitglieder das Recht haben sollen, mit Genehmigung des Ortsvorstandes die Verbandsbeiträge weiter zu zahlen und gleichberechtigte Mitglieder zu bleiben. Hierauf wurde die Kandidatenliste der Delegierten zum Gantage aufgestellt und weiter noch beschloffen, für einen invaliden Kollegen, der zur Invalidenunterstützung nicht berechtigt ist, eine Sammlung zu veranstalten. Unter Tariflichem wurde folgender Streitfall bekannt gegeben: Eine hiesige Firma schloß mit einem Teile ihrer Gehilfen (Wert- und Zeitungsetzer) Kontrakte mit vierteljährlichen Kündigungsfristen ab. Auf Einspruch der Gehilfen stützte die Firma ihr Recht auf den Passus im Tarife, daß länger als 14tägige Kündigungsfristen unzulässig sind mit dem ganzen Personale oder einem größeren Teile desselben. Da in der betreffenden Offizin die in Betracht kommenden Gehilfen nur den kleineren Teil der daselbst beschäftigten ausmachten, so glaubte sich die Firma im Rechte. Auf unerwarteter Weise erklärte das Tarifamt diese Auffassung als eine irrige und entschied, daß für längere Kündigungsfristen nur Spezialtarife in Betracht kommen.

-ou-. Dresden. (Gauinitienerversammlung vom 9. März.) Kollege Thüngethal hielt einen Vortrag über die Frage: „Wie stellen sich die Dresdener Buchdruckergehilfen zur Abstinenzbewegung?“ Der Redner, der für die Enthaltung des Alkoholgenusses plädierte, erwiderte für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Darauf kam der Antrag des Dresdener Maschinenmeistervereins zur Generalversammlung des Verbandes zur Verhandlung: „Die Generalversammlung wolle beschließen, die Kosten des 1906 stattfindenden Maschinenmeisterkongresses auf die Verbandskasse zu übernehmen.“ In der sehr ausgedehnten Debatte über den Antrag sprachen sich mehrere Redner gegen den Antrag aus unter Berufung auf die Gleichberechtigung aller Verbandsmitglieder, die es bedinge, daß man es, wenn der Antrag gebilligt werde, auch allen anderen „Parten“ nicht verweigern dürfe, mit gleichem Anfinnen an den Verband zu kommen. Von den Rednern, die den Antrag unterstützten, wurde auf die dem Antrage günstige Stellungnahme der letzten Gauvorjahreskonferenz hingewiesen. Es wurde auch betont, daß die Abhaltung eines Kongresses der Druckerkollegen zum Zwecke der Vorbereitung der für die nächste Tarifberatung vorzunehmenden Schritte wohl angebracht sei, um so mehr, als bei den Druckern ein besonderer Notstand zweifellos vorhanden sei, der aus der besonders starken Bezahlungsnot der ungenügenden technischen Ausbildung der Lehrlinge und ähnlichen Umständen entspringe. Der Geschäftsbericht des Gaus Dresden für 1903 wies darauf hin, daß nach der Statistik des Tarif-

antes in Deutschland auf 100 Saker 23 Beirufunge, auf 100 Drucker aber 44 Beirufunge kommen. Für Sachfen ist das Verhältnis nur um ein geringes besser. Hier kommen auf 100 Saker 22 Beirufunge, auf 100 Drucker 41 Beirufunge. Der Rapport der Dresdener Gewerkschaft über die Arbeitslofigen ist fänbig ein traffes Mißverhältnis der Zahl der Arbeitslofigen bei den Säkern und den Druckern zu ungunsten der letzteren auf. Gerade Dresden habe also besondere Veranlassung, den gestellten Antrag zu vertreten. Der Verband habe die Pflicht, sich besonderer Notstände in den einzelnen Zweigen der Kollegenfchaft anzunehmen. Er beuge so auch der Gefahr vor, daß die Spartenbewegung zu einer Desorganisation führen könne. Schließlich wurde der Antrag mit erheblicher Mehrheit gut geheßen.

Düssen. Der Name Düßen wird wohl selten den Raum des „Corr.“ in Anspruch genommen haben. Durch Gründung einer liberalen Zeitung („Die Wacht“) sind die Verhältnisse hierorts endlich soweit gediehen, daß der Gründung eines Ortsvereins näher getreten werden konnte. Von den fünf hier bestehenden Druckereien hatte nur eine („Sprecher am Niederrhein“) tarifliche Verhältnisse; unter den dort beschäftigten Gesellen befand sich leider nur ein Mitglied. Die Gesellen der „Wacht“ (neun) gehören mit einer einzigen Ausnahme dem Verbands an. In den anderen Druckereien stehen bis jetzt noch keine Mitglieder. Wenn auch die Verhältnisse hier noch viel zu wünschen übrig lassen, so sind wir doch der festen Zuversicht, durch rege Agitation bessere Verhältnisse herbeizuführen. Möge es denn dem jungen Ortsvereine vergönnt sein, bald von einer größeren Mitgliederzahl Mitteilung machen zu können. (Vorstandswahl siehe unter Verbandsnachrichten.)

Kp. Elberfeld. Die hier am 12. März abgehaltene, von 81 Kollegen (Elberfeld 46, Solingen 18, Wald 13, Ohligs 3, Heiligenhaus 1) besuchte Bezirksversammlung beschäftigte sich eingehend mit den Anträgen zur Generalversammlung. § 2, Abs. 2 des Verbandsstatuts soll in Zukunft lauten: „Ausgetretene oder ausgeflossene Kollegen haben bei ihrer Wiederanmeldung ein Eintrittsgeld von 4 Mk. zu entrichten, gehen der Inrechnung der früher geleisteten Beiträge verlustig, und sind seitens des zuständigen Bezirksvorstandes im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Wer dreimal ausgeflossen wurde, weil er gegen die Prinzipien des Verbandes verstoßen hatte; ist nicht mehr aufnahmefähig.“ Begründet wurde der letzte Satz dieses Antrages damit, daß es uns nicht gleichgültig sein dürfte, wer unseren Reihen angehöre, und wir in Zukunft mehr darauf bedacht sein müßten, für den Verband würdige Kollegen heranzuziehen und nicht solche, die uns schon zumal in den Rücken gefallen wären und ihre Gesinnung wechselten wie ihr Hemd. Folgender Antrag gelangte ebenfalls zur Annahme: „Bei einem Vorgehen in nichttarifreuen Druckereien zwecks Anerkennung des Tarifes oder Sintonhaltung von Verschlechterungen sind die Geworke befugt, nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse selbständig die Entscheidung zu treffen. Von den getroffenen Maßnahmen ist der Zentralvorstand unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“ Des weitern: „Die Generalversammlung wolle Stellung nehmen zur nächstjährigen Tarifrevision, insbesondere eine Verfüzung der Arbeitszeit ins Auge zu fassen und sich auf höchstens dreijährige Tarifverträge einlassen.“ Zu a) Meisenerstützung: „Halten sich die zur Meisenerstützung bezugsberechtigten Mitglieder längere Zeit an einem Orte auf, so ist an dieselben die ihnen zustehende Meisenerstützung auf die Dauer von sechs Wochen zu zahlen, wenn dieselben mindestens 26 Beiträge geleistet haben.“ Zu § 11, Absatz 2, Zeile 2 soll es in Zukunft „angebotene tarifmäßige Kondition“ statt „angebotene Kondition“ heißen. Zu b) Ortsunterstützung soll im § 1, Abs. 2, Zeile 6 hinter 140 Tage eine dritte Stufe eingefaltet werden, und zwar: „bei 500 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tage).“ Bei § 2 soll folgende Einschaltung vorgenommen werden: „und anständige Behandlung seitens der Geschäftsinhaber und deren Vertreter.“ Fernerhin akzeptierte man folgenden Antrag: „Wird ein Ortsbezugsberechtigter zu militärischen Übungen eingezogen, so ist ihm die statutarische Unterstüzung zu gewähren.“ Zu c) Umzugskosten soll es im Abs. 1, Zeile 3 fernerhin heißen: „stattgehäber Kündigung oder Verbandsinteresse“. Absatz 4 erhält folgende Fassung: „An Unterstüzungen werden gewährt bei Umzügen von einem Orte zum andern und einer Entfernung bis zu 20 Kilometern der Mindestsach von 30 Mk., für jeden weiteren Kilometer usw. (wie bisher). Als neuer Absatz wurde angenommen: „Die Umzugskosten werden in gleicher Höhe gezahlt, gleichviel ob einer freiwillig seine Kondition verläßt oder nicht.“ Absatz 5 soll lauten: „Solche Mitglieder, welche“ usw. Zu d) Unterstüzung an vorübergehend Erwerbsunfähige soll der § 11 nachfolgende Fassung erhalten: „Zur Ererbefalle wird ein Begräbnisgeld von 75 Mk. bei 100 Wochenbeiträgen, 150 Mk. bei 200 Wochenbeiträgen, 225 Mk. bei 300 Wochenbeiträgen, 300 Mk. bei 400 Wochenbeiträgen und so fort für jede weiteren 100 Wochenbeiträge 75 Mk. mehr gezahlt. Mitglieder, welche weniger als 100 Wochen in Deutschland gearbeitet und Beiträge entrichtet haben, erhalten 50 Mk. Unter 13 Wochenbeiträgen wird kein Begräbnisgeld gezahlt.“ Zur Durchführung vorstehenden Antrages wird der Verbandsbeitrag um 5 Pf. pro Woche erhöht.“ Zu e) Unterstüzung an dauernd Erwerbsunfähige heißt der § 1 in Zukunft: „Das Recht auf vorgenannte Unterstüzung wird erworben: 1. Wenn der Beitritt zum Verbands innerhalb eines Jahres nach Be-

endigung der Lehrzeit erfolgt und Leistung von mindestens 200 Wochenbeiträgen; 2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt und Leistung von mindestens 400 Wochenbeiträgen; 3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt und Leistung von mindestens 600 Wochenbeiträgen zu vorstehendem Unterstüzungsbezug. Wer nach den ad 1, 2 und 3 zurückgelegten Karenzzeiten noch weitere 600 Wochenbeiträge entrichtet hat, erhält täglich 1,25 Mk.“ Zum Kandidaten für die Dresdener Generalversammlung wurde aus dem hiesigen Bezirke Kollege Dito Milautski aufgestellt, früher Bezirksvorsitzender in Barmen, jetzt Tarifschiedsgerichtsbeisizer und den älteren Kollegen im Gau aufs beste bekannt. Weiterhin erlegte die Versammlung die Anträge zum Gantage. Folgende Anträge wurden angenommen: „Der Gantage möge den Geworke ersuchen, spätestens bis zur nächsten Tarifvereinbarung einen „kleinen Ratgeber“ herauszugeben, wie wir ihn früher schon gehabt haben.“ „Wie stellt sich der Gantage zur Gründung einer Witwen- und Waisenkasse?“ Zur Begründung wurde ausgeführt, daß die Dresdener Generalversammlung wahrscheinlich eine Witwen- und Waisenkasse ablehne, es insofern wohl angängig sei, wenn der Gau eine solche ins Leben rufe. Mit großer Mehrheit gelangte dann noch der Antrag zur Annahme, den letzten Absatz im § 6 des Gantagestatuts zu streichen, welcher lautet: „Mitglieder, welche ihr fünfzigjähriges Berufs Jubiläum gefeiert und dem Verbands der Deutschen Buchdrucker 25 Jahre ununterbrochen angehören, sind von den Beiträgen zur Verbands- und Gantage befreit. Dieselben werden aus letzterer gedeckt.“ Begründet wurde der Antrag damit, daß es nicht unsere Aufgabe sein könne, diejenigen Kollegen noch zu belohnen, die event. 25 Jahre unserer Organisation ferngeblieben und vielleicht schon vielfach im Irden gesiegt hätten. Zum Gantage wurden folgende Kollegen aufgestellt aus Elberfeld: Drechsler, Jbanek, Jacobs, Kälin, Kapf, Künstler, Kuschi, Lehmann, Löffert, Reus, Schmidt; aus Solingen: Adrian, Papoldt, Büllmann; aus Wald: Freyer. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Solingen gewählt.

Emmendingen (Baden). Vor einem Schwindler, der hier eine kurze Gastrolle gab, seien die Kollegen nachdrücklich gewarnt. Der Saker Heinrich Gasthauer aus Trier, ungefähr 50 Jahre alt, kam am 9. März hier zugereist und wurde in der am Plage befindlichen Druckerei eingekerkert. Auf Befragen der Kollegen, ob er Verbandsmitglied sei, erklärte Gasthauer, er wäre wohl Mitglied, sei aber ausgeflossen. Da er ein Mitgliedsbuch aber nicht vorweisen konnte, kam hier die Sache nicht recht geheuer vor, und auf das Drängen der hiesigen Mitglieder, ob Gasthauer Mitglied wäre oder nicht, erklärte er, zuletzt im Auslande (Belgien) gewesen zu sein; er zeigte eine Bescheinigung des belgischen Verbandes vor, die aber offenbar eine Fälschung ist. Nachdem er hier eine Woche lang Kost und Logis, ferner ein paar neue Schuhe sich erschwand, ist Gasthauer spurlos verschwunden. Da dieser „Auchkollege“ mit seinem belgischen Verbandspapiere Stimmung zu machen sucht, sei nochmals vor diesem Schwindler gewarnt.

Leipzig. Maschinenmeisterversammlung vom 10. März.) Nachdem der Vorsitzende den Kommissionsbericht bekannt gegeben hatte, streifte selbiger auch noch alle wichtigen Punkte im Zirkulare Nr. 13 der Zentralkommission. Hierauf gab Kollege Hesselbarth einen ausführlichen Bericht über den in München abgehaltenen internationalen Maschinenmeisterkongress, an welchen Bericht sich eine rege Diskussion angeschlossen. Unter Technischem gab Kollege Gletschmann einen neuen Patentauslegestab und eine elektrische Unterbandrolle, nach welchem, sobald das Unterband reißt, die Maschine sofort zum Stillstande gebracht wird, bekannt. Des weitern gab der Vorsitzende bekannt, daß fast alle Kollegen die beschlossene Ertragssteuer von 5 Pf. pro Woche zahlen; weiter gezielte Redner die unberechtigten Lohnabzüge einzelner Firmen und forderte die Kollegen auf, in Zukunft sich auf keinen Fall Lohnabzüge gefallen zu lassen. Ferner kritisierte Kollege Hesselbarth das Verhalten einzelner Druckerkollegen zur hiesigen Geworkewahl, wodurch selbige die Quartiervereine eines ganz kleinen Kollegenfestes unterstüzten.

Wp Offenbach a. M. (Generalversammlung vom 12. März.) Einmal im Jahre wenigstens sollten sich unsere Mitglieder ihrer gewerkschaftlichen Pflichten erinnern und die Generalversammlung, in welcher die wichtigen Begebenheiten des Jahres kritisiert und beleuchtet werden, mit einem zahlreichen Besuche versehen. Wenn auch gegenüber den regelmäßigen Versammlungen ein besserer Besuch zu konstatieren war (etwa 40 Proz.), so genügt das doch in keinem Falle. Doch nun zur Sache selbst. Eingangs der Tagesordnung gab der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen bekannt und erstattete sodann Bericht über die Entwicklung des Bezirks im verflossenen Jahre. In tariflicher Beziehung war daselbe aus ein ziemlich ruhiges zu bezeichnen; als letzte der in Offenbach im Bezirksumfange der tarifreuen Druckereien noch fehlenden Firmen konnten wir die Anerkennung der Druckerei Knacker begrüßen, welche vor einigen Wochen den Tarif anerkannte. Der Mitgliederstand ist auf ziemlich gleicher Höhe geblieben, 210 zu Anfang gegen 214 am Schlusse des Jahres, denen 18 Nichtmitglieder gegenüberstehen, darunter vier Maschinenleger. Sechsmaschinen sind sechs vorhanden, nämlich Linotypes. Es folgte sodann die Abrechnung des Bezirkskassierers; die von den Revisoren für exakte Kassienführung beantragte Decharge-

erteilung für den Kassierer wurde einstimmig angenommen. Ausgeschlossen wurden auf Antrag des Vorstandes wegen Neßen die Kollegen Weißbender (Saker) und Schröder (Beiser). Hierauf erstattete der Bibliothekar seinen Bericht, Plage darüber führend, daß mangels moderner Literatur die Frequenz der Bibliothek sich nicht gehoben habe. Am Schlusse seiner Ausführungen stellte er den Antrag, aus der Bezirkskasse 50 Mk. für Neuanfassungen zu bewilligen, welcher Antrag jedoch abgelehnt wurde mit dem Hinweis auf den schlechten Stand der Bezirkskasse; hatte dieselbe doch im verflossenen Jahre ein Defizit von 36 Mk. bei einer Einnahme von über 1100 Mk.! Es folgten hierauf die Wahlen zum Vorstands (siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 33); der zweite Vorsitzende und der Schriftführer lehnten eine Wiederwahl ab. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, der Bezirksvorstand möge an diejenigen Prinzipale, welche bisher Ferien noch nicht bewilligten, ein diesbezügliches Rundschreiben richten. Laut Präsenzliste fehlten die Offizinen André, Kimmel, Rothschild, Strauß und van der Heyden.

Rundschau.

Die Vergabung der städtischen Druckaufträge nur an tarifreue Firmen bezweckte eine Eingabe uners Solinger Ortsvereins an die Stadtverordneten daselbst. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten traten mit Energie und augenfällig allein für diese so selbstverständliche Forderung der Buchdruckergehilfen ein. Die Finanzkommission und der Oberbürgermeister plädierten jedoch für Ablehnung mit der Begründung, daß man sich nicht binden könne. Die Eingabe wurde dann auch mit Mehrheit abgelehnt, und Solingen zählt nun unter die Städte, welche sich nach dieser Richtung nicht mit Vorbeeren bedeckt haben.

Die „Buchdruckerwoche“ teilt folgenden Fall eines schweren behördlichen Mißgriffes mit: Ein Schriftseker aus Keunfchen war, ohne daß er eine Abnung davon hatte, von der Staatsanwaltschaft zu Mainz strafrechtlich verfolgt wegen verschiedener schwerer Einbruchsdiebstähle, die er gemeinsam mit mehreren bereits verhafteten Genossen im Sommer vorigen Jahres in Nassau und Oberheßen verübt haben sollte. Mitten in der Arbeit wurde er von einem Gendarm verhaftet und ins Gefängnis abgeführt. Am folgenden Tage wurde der Führer der Einbrecherbande aus Mainz nach Keunfchen transportiert, um mit dem Schriftseker konfrontiert zu werden. Da er ihn aber gar nicht kannte, wurde der Verhaftete wieder in Freiheit gesetzt, nachdem er 24 Stunden im Gefängnis zugebracht hatte.“ Leider steht nach dem Befehle über die Entschädigung unschuldig Verurteilter dem betreffenden Kollegen kein Anspruch zu, weil staatsanwaltschaftliche Ermittler darunter nicht einbezogen sind. Auf alle Fälle ist aber Anlaß zu einer Beschwerde über diese Behandlung vorhanden, damit größere Vorsicht von der Anklagebehörde entfallt wird.

Kein Betrug war es, was den Geschäftsführer Josef Hub in Bitburg zur Last gelegt wurde. Im Jahre 1902 ging die Kragerische Buchdruckerei daselbst in den Besitz der Firma Schneider über. Von dieser wurde Hub beauftragt, das nötige Material zur Neueinrichtung in Frankfurt a. M. zu kaufen. Da H. für einen Frankfurter Lieferanten schon längere Zeit Geschäfte machte, so wandte er sich mit seinem Auftrage an diesen und erhielt auch in diesem Falle seine Provision. Weil diese nun nicht der Firma Schneider zugeführt wurde, wie H. versprochen haben soll, erstattete dieselbe Anzeige wegen Betrugs, den ihr entstandenen Schaden auf 700 Mk. beziffernd. Das Gericht konnte in dem Verhalten des Angeklagten keine betrügerische Absicht erkennen und sprach denselben frei. Wenn es sich also auch um keinen Betrug handelt, so ist dieser Vorgang aber jedenfalls ein weiterer Beitrag zum Kapitel der Schmiergeldfrage.

In Pforzheim wurde ein Schriftseker wegen Vertragsbruches nach § 124 b der Gewerbeordnung zur Zahlung von 13,80 Mk., welche Summe dem örtlichen Tagelohne für eine Woche entspricht, verurteilt; derselbe hatte nach dreitägiger Arbeit seine Kondition wieder verlassen. Die Firma forderte 43,38 Mk. Entschädigung, da aber in der Arbeitsordnung sich keine Bestimmung für die Höhe der Strafe im Falle eines Vertragsbruches befindet, mußte nach § 124 b a. O. erkannt werden.

Ein Exemplar der ersten Ausgabe des „Don Quixote“ ist in Valladolid aufgefunden worden, es ist mit vielen geschriebenen Verbesserungen und Randbemerkungen versehen, so daß die Annahme, dieselben rühren von Cervantes selbst her, nicht unbedacht ist. Das Buch ist der spanischen Regierung zum Kaufe angeboten, refüsiert diese, so ist schon ein sehr hohes Gebot von einem englischen Bücherliebhaber vorhanden.

Eine internationale Konferenz der an die Berner Konvention angehörenden Staaten zur Bildung eines Verbandes für den Schutz von Werken der Literatur, bildenden Kunst, Musik und Photographie tritt im Jahre 1906 in Berlin zusammen. Die deutsche Reichsregierung nimmt bis zum Juli d. J. Wünsche, Vorschläge und Anregungen entgegen, die dem Interesse der deutschen Autoren dienlich sein können. Bekanntlich sind die Vereinigten Staaten und die Niederlande wahre Piratenländer in bezug auf die Erzeugnisse der Literatur und Musik.

Der Konkurrenzkampf der amerikanischen Zeitungen zeitig die wunderbarsten Blüten. Zwischen der „New Yorker Staatszeitung“ und dem „New Yorker

Herold" besteht schon seit langem eine große Rivalität, einestheils aus geschäftlichen, zum andern aus politischen Gründen. Eines schönen Tages mittags punkt 1 Uhr wurde nun von der Schürzigen "New Yorker Staatszeitung" zum Hauptschlag übergegangen, nämlich alle Redakteure des "New Yorker Herold" bis auf zwei tiefen schmürzigen in das feindliche Lager über, der Chefredakteur, welcher schon zehn Jahre am "Herold" tätig ist, als erster mit. Die Bureauangestellten hatte man jedoch nicht zum Abfalle bewegen können, und so blieb der Betriebsapparat ungeführt im Gange. Binnen wenigen Stunden hatte dann auch der "New Yorker Herold" aus seinen übrigen Blättern sowie aus Journalistenquartieren sich einen neuen Redaktionsstab gemischt, so daß die Fahnenstucht der alten Redakteure ziemlich weit gemacht war. Da beide Rivalen sich in Ausgestaltung ihrer Blätter die größten Opfer auferlegen, so freudt das Publikum vorzüglich die Ernte dieses Kampfes ein.

Ein neues Parteiorgan hat die japanische Sozialdemokratie unter dem Titel "Chokuyu" (Der, der geradeaus spricht) erscheinen lassen an Stelle des von der Regierung unterdrückten "Heimin Shimbun". Die Redakteure des letzteren wurden sämtlich übernommen, das neue Blatt erscheint in erheblich größerem Umfange. Die japanische Regierung hätte somit also einen Schlag ins Wasser getan.

Wegen Gendarmenbeleidigung wurde der "Trierische Volksfreund" zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In einem aus Clausen stammenden Artikel war an dem Verhalten der an den Hauptwallfahrtstagen in Clausen tätig gewesenen Gendarmen Kritik geübt, dabei war der Ausdruck "russische Knechtenherrschaft" gebraucht worden.

Die von der Reichsregierung schon längere Zeit in Aussicht gestellte Denkschrift über die bestehenden Einrichtungen der Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit wird jedenfalls dem Reichstage noch in dieser Session zugehen. Da die vorhandenen Einrichtungen überwiegend gewerkschaftlichen Charakters sind, so wird in der Hauptsache also eine Überleitung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung gegeben werden. Das "Reichs-Arbeitsblatt" hat darüber bereits ganz wertvolle Veröffentlichungen gebracht.

Nach dem Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes für 1904 belief sich die Zahl der gemeldeten Unfälle auf 582648 (1903: 530421), davon wurden erstmalig entschädigt 138562 (130661). Die Gesamtzahl der Personen, welche Unfallunterstützung bezogen, betrug 972004 (903160), an Renten und Entschädigungen bezahlt wurden insgesamt 126768163 Mk. (118331309 Mk.). Den Kampf um die Rente illustrieren folgende Ziffern: Im Jahre 1889 fiel die höchste Zinssatz, das Reichsversicherungsamt, 49268 Entschädigungen in Unfallrisikofällen, 1902 waren es 317330, 1903: 347830, 1904: 375696. Von letzteren Fällen kamen 49,62 Proz. auf die landwirtschaftliche und 50,38 Proz. auf die gewerbliche Unfallversicherung, der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Unfallprozesse ist mithin ein sehr hoher.

Nach dem vorläufigen Berichte wurden an Invaliden- und Altersrenten im letzten Jahre 135153339 Mk. gewährt. Davon entfielen auf die Invalidenrente 92785751 Mk., auf die Altersrente 22113103 Mk. Das übrige entfiel auf andere Leistungen, wovon 7555523 Mk. auf Beitragsrückerstattungen kommen. Die Altersrenten sind seit 1897 ständig zurückgegangen; im letzten Jahre betragen sie 22113103 Mk. Der Rückgang erklärt sich dadurch, daß jetzt viel Rentenberechtigte es vorziehen, Anspruch auf die Invalidenrente zu erheben. Das Gesamtvermögen der Invalidenversicherung bezifferte sich 1904 auf 1160 Millionen Mark. Diese Zahlen pflegen später noch Veränderungen zu erfahren. Wir werden zur gegebenen Zeit ein vervollständigtes Bild der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1904 liefern.

Gegen die zweite Bergesebnovelle haben auch die Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks Stellung genommen. Einmal wird eine Erhöhung der Kohlenpreise und dann auch eine Stärkung der Sozialdemokratie durch Annahme der Novelle befürchtet. Wenn es den Männern in den Handelskammern mit dieser letzteren Besorgnis wirklich Ernst wäre, dann hätten sie die Kohlenbarone schon längst zu andern Verhalten zwingen sollen, denn diese sind wohl die denkbar besten Förderer dessen, was die Handelskammern angeht, so schwer bedrückt.

In zweiter Lesung angenommen (150 Stimmen für und 132 Stimmen dagegen) wurde im englischen Unterhause die Erweiterung des gesetzlichen Schutzes für die jugendlichen Bergarbeiter. Nach dem bestehenden Gesetze ist nur die unterirdische Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren in Bergwerken verboten, im Alter von 13 bis zu 16 Jahren ist eine zehnstündige Arbeitszeit gestattet. Nach dem neuen Gesetzentwurf soll das Schulpalter von 16 auf 18 Jahre erhöht, die zulässige Arbeitszeit aber auf acht Stunden beschränkt werden. In erster Linie bekämpfen die Kohlenbarone diese Forderung, diesen Opponenten gestellten sich wieder als unnatürliche Gegner die Bergleute von Northumberland und Durham hinzu. Diese Bergarbeiterkategorie arbeitet nur sechs oder sieben Stunden täglich, was denselben nur durch Ausbeutung der für sie arbeitenden Knaben möglich ist. Jede Beschränkung der Arbeitszeit für die jugendlichen Bergarbeiter fällt also zu ihrem persönlichen Schaden aus. Die gut organisierten Bergleute von Northumberland und Durham sind kurzfristig und schamlos genug, den großen sozialen und sanitären Vorteil der verkürzten

Arbeitszeit für andere anzuerkennen; sie wollen sich gar nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß ihnen später auf andere Weise eine Schadloshaltung möglich sein wird. Dieses Verhalten haben wir schon im vergangenen Jahre scharf verurteilt. Ob das Gesetz überhaupt unter Dach und Fach kommt, erscheint nicht sehr fraglich.

Der Gesetzentwurf betreffend das gewerbliche Zwangsschiedsgericht für alle australischen Staaten ist angenommen worden, doch konnte die viel angefochtene Bestimmung, daß beim Abschluß von Arbeitsverträgen die organisierten Arbeiter bevorzugt werden sollen, nicht durchgesetzt werden, weil das Unterhaus, welches übrigens noch einige Verschlechterungen an dem Gesetzentwurf vornahm, seine Zustimmung verweigerte. Dieses Gesetz tritt nur dann in Wirksamkeit, wenn Konstitute sich über mehrere Bundesstaaten ausdehnen. Für die Einzelstaaten besteht meistens schon die Institution der Zwangsschiedsgerichte.

Das Arbeitsamt Neu-Seelands hat eine Zusammenstellung der Verstöße gegen Sozialtarife veröffentlicht. Danach wurden in den Jahren 1901 bis 1903 im ganzen 156 Unternehmer in 213 Fällen wegen Nichterhaltung der gesetzlich zu Recht bestehenden Arbeitsbedingungen angeklagt. In 35 Fällen erfolgte Freisprechung, in sieben wurde die Klage zurückgezogen, in 171 aber trat Verurteilung der tarifwidrigen Unternehmer ein; die betreffenden Unternehmer mußten insgesamt 10240 Mk. Geldbuße bezahlen. Gegen die Arbeiter wurden nur vier Klagen wegen Kontraktbruches eingebracht, in drei Fällen erfolgte Verurteilung. Für die Tariftreue der Unternehmer ist diese amtliche Feststellung nichts weniger als schmeichelhaft.

Das Wohnungselend in den Städten findet in dem Geschäftsberichte des preussischen Landesverbandes städtischer Haus- und Grundbesitzervereine eine fürchterliche Festätigung. Die preussische Regierung hat im vorigen Jahre beinahe eine Entsurf zu einem Wohnungs-gesetze eingebracht; wenn derselbe auch keine Umstürzung der bestehenden Verhältnisse bedingt, so bringt es aber doch manchen Fortschritt. Es ist ohne weiteres von den Hausbesitzern selbstverständlich, daß sie sich mit Händen und Füßen gegen diese Wohnungsreform sträuben. Um nun die Unübersichtlichkeit des geplanten Wohnungsgesetzes darzutun, haben die Hausbesitzervereine im Hinblick auf die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Forderungen einer eignen Kochstelle und eignen Abortes, eines eignen Ausgusses und Wasserhahnes (sowohl in dem Gebäude Kanalisation und Wasserleitung vorhanden) eine Prüfung der bestehenden Wohnungen vorgenommen. Und das Resultat? In Breslau würden 50000 bis 60000 Wohnungen, in Halle a. S. 22000 von den vorhandenen 30000, in dem kleinen Altdamm 1570, in Küstrin 80 Prozent, in Oerßig 20 Prozent usw. der vorhandenen Wohnungen unbenutzbar werden! Für die Hausagrarier eine niederschmetternde Feststellung, für die Regierung aber die zwingende Notwendigkeit, kräftig in diese verlotterten Zustände einzugreifen. Was Posadowski in der vorigen Woche über die großen Mängel betreffend der Wasserreinigung und Flußverunreinigung sagte, gilt auch von den Wohnungen: auch hier ist viel gesündigt worden und die Sünden der Väter wirken weiter bis in das dritte und vierte Glied.

Wenn die freie Arztwahl zu gute kommt, zeigt ein vor der Kreisregierung in Augsburg sich abgeplantes Verwaltungsfreiverfahren. Der Verkäufer der Apotheke in Wertes begründete nämlich seine Forderung, den Betriebswert derselben mit 63000 Mk. anzusetzen — der neue Käufer wollte hierfür nur 17000 Mk. bezahlen! — mit dem Umfange, daß der Umfag der Apotheke seit dem 1. Januar 1904, an welchem Zeitpunkt seine Krankenkassen am Orte die freie Arztwahl zur Einführung brachten, sich ganz bedeutend gesteigert habe. Es war voraus-zusehen, daß die Apotheken durch die Massenrezept-schreiberei nicht zuletzt profitieren würden; das Eingeständnis des Wertes der Apotheke beweist aber erst, in welcher ungeheurer Maße das der Fall ist. Also es bleibt dabei: die freie Arztwahl liegt nur im Interesse der Ärzte und Apotheken, die Krankenkassen aber gehen zu grunde.

Sie werden nicht alle! In Kirchgangern (Regb. Erfurt) hat ein Wunderdoktor namens Ausmeier sein steuerpflichtiges Einkommen mit — — 130000 Mk. angegeben.

Die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1903 war nach den Veröffentlichungen im ersten diesjährigen Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches folgende: Im ganzen wurden 463150 Ehen geschlossen (1902: 457208), die Zahl der Geborenen betrug 2046206, darunter 1983078 Lebendgeborene (2189414 bzw. 2024735), die Zahl der Gestorbenen 1234033 (1187171). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist gegenüber dem Jahre 1902 die Ehegüter nur um ein geringes zurückgegangen (von 7,92 auf 7,91 auf 1000 Einwohner), erheblicher ist der Rückgang der Geburtenziffer (von 36,19 auf 34,94 vom Tausend), dem eine Erhöhung der Sterbeziffer (von 20,56 auf 21,07 vom Tausend) gegenübersteht. Der Geburtenüberschuß, der im Jahre 1902 absolut und relativ namhaft gestiegen war (von 857824 oder 15,09 vom Tausend des Jahres 1901 auf 902243 oder 15,63 vom Tausend), ist im Jahre 1903 etwas geringer, hat aber immer noch die beträchtliche Höhe vom 812173 oder 13,87 vom Tausend. Das Alter der Heiratenden war bei den Männern in 43,7 vom Hundert der Fälle 25 bis 30 Jahre, bei den weiblichen Personen in 56,0 vom Hundert der Fälle unter 25 Jahren. Ledige

Männer mit ledigen Frauen heirateten in 40089 Fällen, Witwer mit Witwen in 10914 und in 481 Fällen Geschiedene mit Geschiedenen. Von den 2046206 Geborenen des Jahres 1903 waren 1983078 oder 96,91 vom Hundert Lebend-, 63128 oder 3,09 vom Hundert Totgeborene. Glückselig waren 1875672, unglücklich 170534 oder 8,33 vom Hundert. Mehrlingsgeburten waren unter den Geburten 26265 (13, Ovum Tausend), und zwar im wesentlichen Zwillinggeburten. Drillinggeburten waren es 270, in Bayern kamen 2 Vierlingsgeburten vor. Im ganzen kamen bei den Mehrlingsgeburten 26816 Knaben und 25988 Mädchen zur Welt. An den Sterbefällen sind besonders stark die Kinder, insbesondere die Säuglinge, beteiligt. Nicht weniger als 404529 oder 34,5 vom Hundert (1902: 33,0 vom Hundert) aller Gestorbenen des Jahres 1903 waren noch nicht ein Jahr alt, indes im Verhältnis zu den Geburten (ohne Totgeburten) betrachtet, starben nicht weniger als 20,4 vom Hundert im Säuglingsalter. Am geringsten ist die Altersklasse der 10 bis 20 jährigen unter den Gestorbenen vertreten.

Die Länge der Eisenbahnen in Europa belief sich am 1. Januar 1904 auf 300429 Kilometer gegen 296097 am 1. Januar 1903. Auf je 10 000 Einwohner entfielen durchschnittlich 7,2 Kilometer Eisenbahnen. Ordnet man die Länder nach der Größe ihres Eisenbahnnetzes, so steht Deutschland an erster Stelle, ihm folgt unmittelbar Rußland einschließlich Finnland. In einem ziemlich großen Abstände folgen Frankreich, Oesterreich-Ungarn, endlich Großbritannien und Irland. Für die wichtigeren Länder ist nachstehend die Länge der Eisenbahnen je am 1. Januar der beiden Jahre 1904 und 1903 in Kilometern angegeben: Deutschland 54 426 (53 700); Rußland und Finnland 53 258 (52 339); Frankreich 45 226 (44 654); Oesterreich-Ungarn 38 818 (38 041); Großbritannien und Irland 36 148 (35 660); Italien 16 039 (15 942); Spanien 13 851 (13 770); Schweden 12 388 (12 177); Belgien 6819 (6629); Schweiz 4145 (3997); Rumänien 3177 (3177); Türkei, Bulgarien und Rumelien 3142 (3142); Dänemark 3159 (3105); Niederlande 2906 (2845); Portugal 2394 (2356). Den stärksten Zuwachs hat also Rußland zu verzeichnen, dann folgen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, in ziemlichem Abstände Frankreich und Großbritannien.

Die Tarifverhandlungen der Leipziger Buchdruckereiarbeiter sind gescheitert. — In Potsdam, Nowawes und Jena sind die Maler ausständig. — Die Nürnberger Tapezierer streiken um den Neunfundentag und einen Minimallohn von 21 Mk. — In Tuttingen haben die Holzgerber den Ausstand erklärt, sie fordern die zehnstündige Arbeitszeit, welche ihnen nicht bewilligt wurde, obwohl die Holzgerber dieselbe schon am Orte haben. — In Kaldendorf-Debisfeld streiken die Zimmerer zwecks Erringung eines Stundenlohnes von 30 Pf. — In Gießen kommt es ebenfalls zu einem Streik der Schneider, in Quisburg ist der Kampf schon ausgebrochen. — Auf der Grube „Anna“ bei Pilsberg streiken die Bergarbeiter. — Die Lohnbewegung der Berliner Tapezierer hat nicht zum Auslande geführt. Mit 502 gegen 228 Stimmen wurde das Angebot der Meister (65 Pf. Stundenlohn) angenommen und der Tarif bis zum 1. März 1907 verlängert. — Der Streik der Stuktureure in Chemnitz hat nach neunmonatiger Dauer mit einem Vergleiche geendet, in derselben Weise der Ausstand der Brandenburger Korbmacher.

In Livorno (Italien) wurde zur Unterstützung der ausständigen Rutscher ein Generalkstreik inszeniert. Derselbe soll schon wieder beendet sein, doch hat man über seinen Ausgang nichts gehört. — In Bøffjord (Norwegen) sind die Steinhauer ausständig zur Verteidigung ihres Organisationsrechtes.

Gestorben.

In Brooklyn am 2. Februar der Seher Heinrich Dietrich aus Salkrode a. Harz, 54 Jahre alt.

In Danzig der Buchdruckereibesitzer W. Muscate, 60 Jahre alt; am 15. März der Seher Paul Sprint, 24 Jahre alt.

In Göttingen am 15. März der Seher Haber Ege aus Munderfingen, 43 Jahre alt — Lungenentzündung. In Harburg (Elbe) am 16. März der Seher Adolf Bertendorf, 30 Jahre alt — Lungenkatarrh.

In Heilbronn am 18. März der Seher Paul Waiblinger, 24½ Jahre alt.

In Krefeld am 19. März der Drucker Peter Gup-perten, 51 Jahre alt — Magenkrebs.

In Leipzig am 14. März der Faktor Felix Schröder. In Stuttgart am 13. März der Seher Alfred Wolf aus Wangen b. Cannstatt, 37½ Jahre alt — Herzlähmung.

Eristkassen.

F. M. in Fulda: Ueber dieses Kapitel sind die Akten im „Corr.“ geschlossen, denn es ist darüber schon genügend geschrieben worden. Und warum so eingehend den Lebenslauf eines todtgeborenen Kindes schildern? — U. S. in Rheidt: Wenn kein anderer Konsumverein am Orte ist, fassen wir wesentliche Bedenken nicht geltend zu machen. — K. J. 99: Das ist Sache der betreffenden Gesellschaft, ob sie eine Police begeben will. Mögliche und zulässig ist das schon vom Tage der Aufnahme an. — C. W. St. in Chemnitz: Wissen wir auch nicht; fragen Sie doch beim Geschäftvertreter Bogowitz an. Grun! — W. S. in Chemnitz: Zu Hause schon, aber zum Feste

faum. Gruß! — B. in Bonn: Besten Dank für freundliche Erledigung dieser Angelegenheit. Die denunzierende Firma werden wir scharf im Auge behalten und gegebenenfalls den Standpunkt klar machen. Dazu bietet sich nach Erledigung der diesjährigen Ferien Gelegenheit. Gruß! — D. R. in Berlin: 1. Abgelehnt, da sich Ihre Anschauungen ja mit dem Artikel in heutiger Nummer decken. 2. Ob Berlin, das zur diesmaligen Generalversammlung 20 Delegierte stellt, auf einen Teil derselben zugunsten der Provinz verzichtet, bezweifle ich. Das Beste ist, Sie schneiden diese Frage in einer Berliner Versammlung an, sichern sich aber vorher einen Platz in möglichst Nähe der Türe. — A. U. in Dresden: Haben keine Verwendung dafür, denn die betreffenden „Wibe“ sind nicht gerade geistreich. Manuskript geht Ihnen zu. — G. in Heilbronn: 3,05 Mk. — F. in Jossen: Alle Anfragen tariflicher Natur wolle man an den zuständigen Tarifperitenten richten. — Maschinenmeisterverein in Krefeld: 4,05 Mk. — M. Sch. in Offenbach: Wie Sie aus voriger Nummer ersehen haben, kam Ihre Karte zu spät.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einsetzung der Statistiker über die Arbeitslosigkeit im ersten Quartale 1905: 8. April, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. — Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, ist trotzdem die Mitgliederzahl anzugeben, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. April neu erscheinen soll, ersuchen wir diejenigen Herren Bezirksvorsteher und Kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. Oktober 1904) verzoogen, dies jedoch im „Corr.“ nicht mitgeteilt haben, eine etwaige Veränderung ihrer Adresse möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 26. März — nach hier bekannt zu geben. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im April) verziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls mitteilen. Berlin.

Hauptverwaltung.

Erzgebirge-Vogtland. Der Gautag findet am 2. April in Chemnitz im Volkshaus „Kolosseum“, Kappel, statt. Die Verhandlungen beginnen vormittags 1/11 Uhr. Empfang der auswärtigen Delegierten im „Karola-Hotel“ am Bahnhof. — Die Druckerei von Wapler in Eintriedel bei Chemnitz ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Bezirk Landau (Pfalz). Die Adresse des Bezirkskassierers lautet ab 28. März: Herm. Fleißhauer, Untertorstraße 7.

Bezirk Magdeburg. Infolge Abreise des Kollegen Hesselbarth sind alle Sendungen an Kollegen Paul Dutke, Cracau-Magdeburg, Magdeburgerstraße 9, zu richten.

Bezirk Mannheim. Die Adresse des Kassierers lautet vom 27. März ab: Alf. Gerberich, H 4, 8, 2. Stod.

Bezirk Weiser-Elbe. Die Wahl von Delegierten zu dem am 23. und 24. April in Bremen abzuhaltenden Gautage ergab nachfolgendes Resultat. Stimmzettel gingen 160 ein. Stimmen erhielten die Kollegen Niemann I.-Bremerhaven 148, Hentschel-Bremerhaven 134, Weißbrot-Bremen 113, Nummer-Elbe 104, Clausen-Norbenham 97, Wilhelm-Kuxhaven 96, Bertram-Begeack 93, Leonhard-Bremerhaven 86, Spiekermann-Oesefermünde 73. Vorstehende neun Kollegen sind gewählt. Als Stellvertreter kommen in Betracht die Kollegen Hüseler-Bremerhaven mit 72, Jacobs-Nienburg mit 70, Munk-Bremerhaven mit 52 und Gegenveiner-Oesefermünde mit 49 Stimmen.

Bezirk Wiesbaden. Die nächste Bezirksversammlung findet am 9. April statt. Anträge hierzu sind bis zum 2. April an den Vorsitzenden F. Braun, Zahnstraße 19, zu richten.

Barmen. (Maschinenmeisterverein „Wuppertal“.) Für das laufende Jahr setzt sich der Vorstand aus folgenden Kollegen zusammen: Wilh. Koch, Barmen-N., Franzstr. 6, Vorsitzender; Karl Hente, Barmen-N., Renenastraße 6, Kassierer; Eduard Vogel, Schriftführer; Robert Karthaus, stellvertretender Vorsitzender; Otto Meyer, Bibliothekar. — Das Bilanzium zahlt der Kassierer aus.

Chemnitz. Der Sezer Gustav Holtappels aus Krefeld, welcher seit 12. Februar von hier spurlos verschwunden, wird hiermit bei Vernehmung des Ausschusses aufgefordert, sich innerhalb acht Tagen bei Bruno Hahn, Kochstraße 37, II, zu melden. — Die Bibliothek bleibt am 25. März geschlossen.

Hamburg. (Norddeutscher Maschinenfabrikerverein, Sitz Hamburg.) Die Adresse des Vorsitzenden W. Lauer ist idt ist Hammerbrookstr. 53a, I. L., die des Kassierers F. Spomburger (vom 1. April ab), Altona, Gerberstr. 21, p. **Koblenz.** Der Vorstand des neugegründeten Maschinenmeistervereins besteht aus folgenden Kollegen: Gustav

Dinkelmeier, Koblenz-Lübel, Annastraße 4, Vorstehender; Anton Dittich, Entenpflüß 26, Kassierer; Hermann Lorenz, Schriftführer; Karl Steffen, Revisor.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Bernburg der Sezer Albert Glafer, geb. in Gommern (Kr. Jericho) 1886, ausgel. in Magdeburg 1904; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Kruse in Halberstadt, hinter der Münze 17.

In Wiberach a. N. der Schweizerdegen Georg Schenzle, geb. in Wiberach a. N. 1886, ausgel. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Leutkirch der Schweizerdegen Georg Schmid, geb. in Altenweiler (D.-M. Wiberach) 1882, ausgel. in Waupheim 1900; war noch nicht Mitglied. — In Wöfingen (D.-M. Rottenburg) der Sezer Albert Dengler, geb. in Reutlingen 1886, ausgel. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Reutlingen der Drucker Paul Müller, geb. in Reutlingen 1887, ausgel. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Schweizerdegen Karl Hochradel, geb. in Schwab.-Hall 1878, ausgel. daf. 1896; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Fabrikstraße 16, p.

In Blankensee der Schweizerdegen Walter Schneidewind, geb. in Hamburg 1884, ausgel. in Ludwigslust 1903; war noch nicht Mitglied. — F. Chr. Heisemann in Flensburg, Angelburgerstraße 44.

In Halle a. S. 1. der Drucker Franz Gehhardt, geb. in Alleben a. S. 1877, ausgel. in Halle a. S. 1896; war schon Mitglied; 2. der Sezer Hans Heinemann, geb. in Halle a. S. 1879, ausgel. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — Hugo König, Harz 19.

In Kottbus der Sezer Alfred Schramke, geb. in Kottbus 1880, ausgel. daf. 1900; war schon Mitglied. — In Lübben (Lausitz) der Sezer Max Ulbrich, geb. in Stolbergsdorf (Kr. Neidenbach) 1884, ausgel. in Neidenbach i. Schl. 1903; war noch nicht Mitglied. — A. Beck in Kottbus, Burgstraße 22.

In Mannheim die Sezer I. Robert Haag, geb. in Bestigheim 1877, ausgel. in Maulbronn (Wbg.) 1895; war noch nicht Mitglied; 2. Karl Seibel, geb. in Mannheim 1881, ausgel. daf. 1899; war schon Mitglied. — R. Kaufner, 4. Quersstraße 17.

In Oldenburg der Drucker Georg Nette, geb. in Hannover 1884, ausgel. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — Max Damm, Donnerschweerdeck 30.

In Saalfeld a. S. der Sezer Robert Kuhnhold, geb. in Roßla a. S. 1885, ausgel. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — Rich. Meinhardt in Jena, Marienstr. 11.

Arbeitslosenunterstützung.

Notenburg (Hann.). Das Bilanzium für nicht Bezugsberechtigte und Ausgeheuerte wird in der Sezererei der hiesigen Druckerei ausgezahlt.

Zur Beachtung für nach Oesterreich reisende Kollegen.

An den der Grenze zunächst gelegenen Zahlstellen in Oesterreich wird die Reiseunterstützung von nachbenannten Verwaltern ausgezahlt: Bregenz: Franz Nagel, Gasthof zum Storden, Oberstadt (1/7-1/8, Sonnt. 11-12). — Budweis: Th. Saffouret, Gragnerstraße 153a, bei Lobus (12-1/2 mittags). — Eger: Gg. Kämpf, Martinigasse 18, I, gegenüber der Kaiserburg (12-1, 7-8, Sonnt. 12-1). — Freiwaldau: Joseph Hütter, Parkstraße 77 (12-1, 6-7, Sonnt. 12-1). — Innsbruck: Ignaz Kun, Stallerstraße 2, p. r. (1/7-1/8, Sonntags 10-11). — Pardubitz: Franz Krcal, Spoleona knihtiskarna (11-12 mitt., 5-6 abds., Sonntags Smitlgasse 333). — Pilfen: K. Weber, Jungmannstraße 42 (4-7 nachm., an Sonnabenden 6-7 abds., Sonntags 12-1 mitt.). — Reichenberg: Friedrich Göke, Herberge der vereinigten Genossenschaften bei Anton Böhm, Friedländerstraße 23, (nur an Wochentagen 6-7 abends). — Ried (Zumreiß): Ferd. Rothauer, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Prebvereinsdruckerei, I. Stod) im Bürgerlichen Bräuhaus, Hofmarkt 27 (6-7 abds.). — Salzburg: Franz Degg, Gasthaus zum Steintore, Giselafai 17 (6 abds.). — Schärding: Alois Strebel, Passauerstraße 134 (6-7 abds.). — Teplitz: Jof. Lotzke, Gasthaus zum Engelbert, Marktplatz (6-1/7, Sonnt. 11-12). — Teschen: Ludwig Wolf, Auszahlung Grabinstraße 23 (6-7 abends, Sonntags 1-2 nachm.), gegen vorherige Anmeldung beim Reisekasserverwalter in der Hofbuchdruckerei Karl Prochaska. — Tetschen-Bodenbach: Jofef W. Prskawek, Bodenbach, Teplitzerstraße, in der Volkshalle (6-7 abends). — Troppau: Jof. Kolbitsch, Rattiborerstraße 46, I (12-1 mittags, 6-7 abends, Sonnt. 12-1 mittags).

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Briefadresse: z. S. des Geschäftsbüros Herrn Paul Schlichts.

Zwölfter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1904.

(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Kreis.

Einbea: Nütgerodt, H. Flensburg: Wendstrup, Friedrich (Wadefow Nachf.). Hamburg: Grenter, A.; Schmalfeldt, Ernst. Harzburg (Wab): Angerstein, W.

Seifen: Müller, Ostf. Hildesheim: Ebert, Rudolf. Hoya a. W.: Knauer, G. (M. Fegoth). Hufum: Bollmann, D. Lauenburg a. E.: Gebr. Borchers. Lütkefen: Meinert, W. Lügnankloster: Geifen, Andreas. Neubrandenburg: Bönnbrad, W. Neuhaus (Elbe): Bell, Friedrich. Neufloster i. M.: Schulz Nachf., Ernst (H. Schumacher). Neumünster: Berthau, Gustav. Oberstein: Hefner, Julius. Peine: Schläger, A. Rostod: Höpner, H. Schiffel: Uhlwardt, C. (Fr. Zahnde). Schönberg i. M.: Schröder, W. Sylt: Knauer, G. Tönning: Boyfen jr., M. †Wachta: Wachtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. Wandsbek: Pudogel, Fr.

II. Kreis.

Altenessen: Rehnann, Wilhelm. Annen: Kathagen, Heinrich. Barmen: Westdeutsche Druckerei; Stoffel, Paul. Bielefeld: Richter, Otto. Dorsten: Reichard, M. J. Dortmund: Westf. Allg. Zeitung, G. m. b. H. Düren: Duh, Wilhelm. Düsseldorf: Wittes Papierwarenfabrik. Duisburg: Bürger- und Gewerbefreund (Wwe. C. Thumm). Hagen: Bald & Krüger; Heymann, Albert. Hevelaer: Köster, Jakob. Koblenz: Rhein- und Moselboote. Köln a. Rh.: Bachem, B. Josef; Körner, Alb. Köln- Lindenthal: Kölner Stadtwaal-Anzeiger (Schmidt). Krefeld: Bongartz, Karl. Kreuznach: Capallo, Arnold. Meisebe: Schiffmann, A. Mülheim a. Rh.: Künzler, Wwe. C. G. Neub: Fandreyer, C.; Guder, H. Redlinghausen: Bauer, J. Saarbrücken: Bauernfeld, G. Siegen i. W.: Lichte, Hermann. Söberrheim: Martin II, Friedrich. Solingen: Grobhen, Hugo; Reichard, Heinrich. Werl i. W.: Pöppel, Friedr.

III. Kreis.

Auerbach: Schnellbücher, Jean. Bingen a. Rh.: Belaref, W. Frankenberg: Gilbert, Friedrich. Frankfurt a. M.: Rosenlecher, Gebr. Schlig: Guntrum, Feinr.

IV. Kreis.

Ebersbach a. d. Fils: Haug, J. Eßlingen: Schwäbische Rundschau (D. Haugg). Emdel: Geyel, B.; Just, C., & Söhne. Kannstatt: Wittlinger, Karl. Karlsruhe: Lang, Friedrich. Keningen: Bühler, B., Erben. Landstuhl (Pfalz): Landstuhler Zeitung (E. Beau). Ludwigsbürg: Schnabel, Karl. Ludwigshafen a. Rh.: Förster, J. Nagold: Kaiser, Emil. Speier: Lindacher, August. Stuttgart: Schöber, Adolf. Ulm a. D.: Gerst, W. Warblingen: Günther, C. Weinheim a. d. Bergstraße: Diesbach, Hugo. Wildbach: Hofmann, Bernh.

V. Kreis.

Amberg: Mayr, Karl. Brückenau: Wolf, Ernst. Kempton: Kemptoner Tag- und Anzeigebblatt (Dochelhäuser). Landsbut: Hartung, Fr. (Försters Nachf.); Sedlmeyer, G. Markt Oberdorf: Müller, Jof. Mühlendorf: Maier, Johann. München: Heppes, Wilhelm. Nürnberg: Bittmann, Hans; Homuth, Alb. Spalt: Fuchs, Rudolf. Windsheim: Delp, Heinrich.

VI. Kreis.

Arnstadt i. Thür.: Buhjäger, Alf. (Brettinger). Berga (Eßter): Adler, F. U. Erfurt: Thür. Verlagsanstalt und Druckerei (Wachting). Frankenhansen a. Kyffh.: Schröder, Felix. Gera: Müller, Hermann, & B. Gotha: Koch, Emil. Greiz: Seyfert, Franz. Halle: Halleische Papierwarenfabrik. Koburg: Majack, Albert. †Köftrig: Seifert, Karl. Meiningen: Kommel, Gottf. Schwanebeck: Schulze, F. M. Seehausen i. Altm.: Schwöter, R. Stendal: Der Altmdrker (Beinhauer). Zerbst: Schnee, Otto.

VII. Kreis.

Dresden: Jonathan, Arthur; Memich, Wilh., & Ko.: Voigt, Ad. Georg. Eidenstedt: Stäbler, Eugen. Klausthal: Pieper, Ed. (W. Reichel). Leipzig: Wör, Ferdinand; Dietrich, G. D.; Steif, & Freitag. Lengefeld: Richter, Herm.

Luda: Berger, Reinhold.
 Deßsch-Gaußsch: Hauje, Aug.
 Flauen i. B.: Gluck, Heinrich.
 Rittersgrün: Lang, H. R.
 Schmölln: Siebert & Werthold.
 Waldheim: Seidel, C. O.

VIII. Kreis.
 Berlin: Brade, Alexander; Gabriel, S.; Genter, U.;
 Großmann, Ab.; Lehmann, Hermann F.; Prager, F.;
 Raab, Paul, & B.; Randow jr., Karl; „Dien“
 (Schmidt); Schulze, Fr. U.
 Finsterwalde: Knoche, Johann.
 Havelberg: Döring, Rud.
 Kottbus: Striemann, Hermann.
 Kyritz: Günther, Otto.

Mariendorf: Wegner, Erich.
 Neuruppin: Kühn, Gustav.
 IX. Kreis.

Beuthen (O.-Schl.): Kösterlich, S.; Kirsch, Th. (G. Müller).
 Vorken: Walter, Robert.
 Breslau: Hartmann, H.; Drußsch, Oskar.
 Görlitz: Krüger, Arthur.
 Jauer: Hellmann & Co.
 Königsberg: Kimmel, Otto.
 Kolberg: Courtois, Johannes.
 Laurahütte: Müller, Franz.
 Löwen: Brzeconia, Franz.
 Malmitz: Miß, Paul.
 Neusalz a. O.: Sily, W.
 Pöritz: Seeland, Walter.

Pr.-Holland: Weberstädt, Herm.
 Rosenburg (O.-Schl.): Zafsch, Alois.
 Rosenheim: Späth, Franz.
 Soltau: Salomon, L.
 Wittichenau: Neißch, Karl.
 Zabrze: Rahmann, Karl.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gefürchtete die Firmen:
 Bühler-Itach, Wendling-Mannheim (Kreis IV);
 Basler-Einsiedel (Kreis VII); Mücke-Zabrze (Kreis IX).
 Berlin, 17. März 1905.
 Georg W. Bürenstein, L. G. Giejele,
 Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
 Paul Schliebs, Geschäftsführer.

An vielen Orten

Suche noch Kollegen, die ge-
 willt sind, gegen entsprechende
 Vergütung mir Adressen mit-
 zuteilen. [826]
 Karl Tonk, Geseftsmünde,
 Bachstraße 4.

Dauernder Nebenverdienst

durch Sammeln von Verlobungsanzeigen!
 Vertrauensmann gesucht in jeder Dfizin.
 Zuschriften erbeten an **Oppermanns Ver-**
lobungsanzeiger, Berlin Ch., Kantstr. 99a.

Für Schriftsetzer.

Eine angelegene Feuerversicherungs-Gesell-
 schaft sucht in allen Städten Deutschlands unter
 sehr günstigen Bedingungen
tätige Agenten.
 Werte Offerten unter A. E. 3612 an **Kudolf**
Masse, Gfurt, erbeten. [691]

Für unsere Akzidenzabteilung suchen wir einen Beschäftigten

ersten Akzidenzsetzer
 gewandt im Entwurfe und Sage. Ferner für
 unsere **Inseratentheilung** einen flotten, selbst-
 ständig am **Inseratsetzer.** [827]
Frühjahr Anteritätsbuchdruckerei
 Verlag des „Siehener Anzeiger“, Giejele.

Russisch!

Fürstiger, solcher Sehen **sofort** auf dauernd
 für meine russische Abtheilung gesucht. [817]
D. Chr. Schadt, Frankfurt a. M.-Friedenheirn.

Rotationsmaschinenmeister

gelehten Alters für vierseitige R. & B. Maschine,
 durchaus vertraut mit Stereotypie, Schnell-
 und Tiegedruckpressen, zum sofortigen Ein-
 tritt von rheinischer Druckerlei gesucht.
 Werte Offerten mit Zeugnisabschriften und
 Angabe der Gehaltsansprüche unter Nr. 828
 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenmeister

für Zweifarbenmaschine in dauernde
 Stellung sofort gesucht. [805]
 Leipzig. **F. A. Brodhause.**

Tüchtiger Maschinenmeister

der im bessern Akzidenz- und Autotypdrucke
 auf Schnell- und Tiegedruck Gutes leistet und
 event. an K. & B. Rotationsmaschinen aushelfen
 kann, wird per 27. März oder später in dauernde
 Stellung gesucht. Bewerbungen mit Zeugnis-
 abschriften, Druckmustern u. Lohnansprüchen sind
 zu richten an **Albert Heine, Kottbus.** [804]

Höhefräser

per sofort gesucht. [812]
Schriftgießerei P. Stempel, G. m. b. H.,
 Frankfurt a. M.

Tüchtigen Schriftgießer

für französische Komplettschneidung sucht
C. E. Weber, Stuttgart. [831]

Galvanoplastiker

tüchtiger Fertigmacher für sofort gesucht.
 Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohn-
 ansprüchen an die **Böliner Schriftgießerei**,
 Köln, Moltkestraße 127. [833]

Akzidenzsetzer, erste Kraft

34 Jahre alt, verh., unbeschäftigter Disponent und Kassulant, sicherer Korrektor, im Entwurfe,
 Sage und Tonplattenschnitte fertiger moderner Arbeiten hervorragend, sucht als solcher
 oder Faktor für sofort oder später in nur besserer Dfizin Stellung. Werte Offerten mit
 Gehaltsangabe unter E. W. 6 erb. an den **paritätischen Arbeitsnachweis**, Magdeburg,
 Albrechtstraße 4, part. L. [823]

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister

Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Sonnabend den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der
 Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 10/11:
Neuntes (37.) Stiftungsfest
 bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball.
 Mitwirkende: Neues Berliner Tonkünstlerorchester (Frz. Hollfelder), Berliner
 Ulk-Trio, Mitglieder des Zitherklubs Echo u. a. m.
 Eintritt für Mitglieder und deren Damen frei. Nur quittiertes
 Mitgliedsbuch dient als Eintrittskarte für Mitglieder.
 Gäste: Herren 75 Pf., Damen 50 Pf. Für Gäste sind Eintrittskarten
 zu haben beim Komitee und bei den Kollegen Teske auf der
 Verwaltung und **Wilh. Timm**, Ritterstr. 41, Buchdruckerei
 Marschner.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Vergnügungskommission.** [760]

Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten

für die Lehrlings- und Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet, nebst einer Ordnung
 für die Gehilfenprüfungen. Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen
 Buchdruckervereins. Serie I: Der Schriftsetzer. Serie II: Der Drucker. Jeder Band gebunden
 2,50 Mk. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Technikums für Buchdrucker in Leipzig,
 Senefelderstrasse 13/17. [820]

Sehen Sie sich

sofort mit mir
 in Verbindung
 und bestellen Sie
 eine der sehr be-
 liebten u. tadel-
 los gegebenen
**Schwarzwälder
 Jockele-
 Uhren.**
 Schönste Zierde jedes Zimmers.
 Keine Ramschwäre, nur solide
 Arbeit. — Ein Jahr Garantie.
 Höhe der Uhr 20 cm.
 Preis pro 1,75 inkl. Verp.,
 Stück Wrt. 1,75 inkl. Porto,
 bei 10 Stück portofrei.

Albert Malthaner, Pforzheim

Genossenschaftsstraße 79. [819]

Tabakarbeiter-Genossenschaft

Hamburg 6.
 120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis
 170 Mk. pro Mille.
 Hochfeine Qualitäten in Vorkensland-, Su-
 matra-, Brasilien-, Mexico-,
 Manila- und Havana-Zigarren.
 Preislisten stehen zur Verfügung.

Lehrbuch der Nega- tiven Stereotypie

Preis Mk. 1,50
 Zu beziehen
 durch Faktor
A. Krefting
 Ruhrort.

Reisehandbuch

für die organisierten Buchdrucker.
 Preis 1,50 Mf. Neu erschienen! Preis 1,50 Mf.
 Von den Vereinfunktionsären oder direkt
 vom Verlage zu beziehen. Bei Einzelbezug
 bitten der Billigkeit wegen mittels Postanwei-
 lung zu bestellen.
 Leipzig, Salomonstraße 8.
Kadelli & Hille, Verlag.

Ohne Anzahlung!

Gausch der Bildung u. des Wissens, Lehr-
 u. Nachschlagebuch zum Selbstunterricht in den
 wichtigsten Wissenszweigen u. Sprachen; neue,
 reich illust. Ausgabe, 5 Bände 36 Mf.
 (Monatsraten 3 Mf.) überallhin sofort bisfret
 durch **Schmid**, Berlin, Samariterstr. 24. [822]

Brockhaus Konv.-Lexikon

neueste Auflage, komplett ohne Anzahlung
 (Monatsrate 5 Mf.) überallhin franko und
 bisfret durch [780]
Schmid, Berlin, Samariterstraße 24.

Tabellen zur Satzberednung

Rich. Härtel in Leipzig, R. — 3 Mf.

Pflege den farbigen Akzidenzdruck! denn ihm gehört die
 Zukunft! Kein Fachblatt
 zeigt so aparte Farben wie die „Typographischen Jahrbücher“. Den Satz- und Druckbeilagen,
 25 pro Heft, sind die Farben, aus denen die Töne gemischt wurden, auf-
 gedrukt! Jede Buchhandl. nimmt Bestellungen an! Preis 40 Pf. pro Heft! **Ohne Konkurrenz!**

Soeben gelangte zur Ausgabe:
Praktische Anleitung zum Abfassen von Be-
werbungsbriefen für Schriftsetzer, Buchbinder
und verwandte Berufszweige.
 Bearbeitet und mit einer Anzahl Muster-
 briefen versehen von **H. Angerstein u. W. Lange.**
 Preis 60 Pf. bei freier Zustellung.
 [782] **Julius Häfner**, Leipzig, R.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund

gibt Gelegenheit, freibewahnen Arbeitern ihr
 geistiges Gesichtsfeld zu erweitern, auf völlig
 kostenfreie Weise, vermittels eines unentgelt-
 lichen brieflichen Unterrichts. Interessenten
 richten ihre Adresse an [746]
August Grimm
 Frankfurt a. M., Alter Markt Nr. 36.

Stereotypure u. Galvanoplastiker!

Die Kollegen werden im eignen Interesse
 wiederholt darauf aufmerksam gemacht, bei
 Konditionsangeboten nach **Berlin** immer erst
 Erkundigungen einzuziehen beim Vorliegenden
E. Schellbach, Tempelhof, Berlin,
 Friedrich-Wilhelmstraße 15. [606]

Dresden Buchdruck- maschin.-Verein Dresden

Sonntag den 26. März, vormitt. punkt
 10 Uhr, im alten Vereinslokale, **Müllers**
Restaurant:
Vortrag
 über „**Moderne Prägung**“ (Herr Grefmann
 von der Firma Hochsch & Schneider). Nach
 dem Vortrage findet praktische Vorführung
 und Diskussion statt.
 Hierzu ladet freundlichst ein [825]
Der Vorstand.

Magdeburg * Maschinenmeisterverein.

Sonabend den 25. März 8 1/2 Uhr:
Versammlung in der „Reichshalle“.
Der Vorstand. [810]

Der Schriftsetzer **Hermann Siebert** aus Großen-
 hain wird hierdurch aufgebodert, umgeben
 seine Adresse nach Hause gelangen zu lassen
 wegen Ablebens seines Vaters. [818]

Karl Waiblinger

Am 18. März verstarb nach langem
 Leiden unser Mitglied, der Setzer
Karl Waiblinger
 im Alter von 24 1/2 Jahren.
 Ein ehrendes Gedeken bewahrt ihm
 Die Mitgliedschaft Heilbronn. [816]

Peter Hupperten

Am 19. März verstarb nach kurzer
 Krankheit unser treues Mitglied, der
 Maschinenmeister [832]
Peter Hupperten
 im Alter von 50 Jahren. Wir werden
 dem Verstorbenen allezeit ein ehrendes
 Andeken bewahren.
 Krefeld, 20. März 1905.
 Ortsverein Krefeld.

Todes-Anzeige.

Am 19. März verstarb nach vierzehn-
 tägiger Krankheit an Magen- und Leber-
 krebs unser treues Mitglied und Vor-
 sitzender, der Maschinenmeister
Peter Hupperten
 im 51. Lebensjahre.
 Ehro seinem Andeken!
 Krefeld, 20. März 1905. [824]
 Der Maschinenmeisterverein Krefeld.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Ge-
 schäftsstelle des **Corr. (Honnab**
Sieder), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden.
 Offertenbriefe ohne Freimake können nicht be-
 fördert werden. Die Geschäftsstelle des **Corr.**